

Michael Gehler

Die Unvermeidbarkeit einer politischen Entscheidung

Europa und die deutsche Einheit:
Bilanz und zukünftige Forschungsaufgaben¹

I. Initiative und Tagungsort

In der Einleitung haben wir bereits darauf aufmerksam gemacht, warum wir als Herausgeber gerade in Wien dieses Thema gewählt und an diesem Ort zwei Konferenzen dazu durchgeführt haben. Fünf weitere historische Aspekte sind diesbezüglich noch zu nennen, denn Wien ist in mehrfacher Hinsicht ein Gedächtnisort, an dem die deutsche Frage mitentschieden worden ist:

1. Der Wiener Kongress gab 1815 in seiner Schlussakte mit der Schaffung des Deutschen Bundes eine europäische Antwort auf die deutsche Frage. Er traf damit eine Vorentscheidung, die bis 1866 Bestand hatte, d. h. bis der deutsch-österreichische Kriegsausgang dem Dualismus zwischen Preußen und der Habsburgermonarchie ein Ende setzte.²

2. In Wien wurde 1938 mit dem „Anschluss“ das so genannte „Großdeutsche Reich“ geschaffen. Dieser Vorgang war nicht das Ende von Hitlers Revisionspolitik, sondern der Anfang seiner Expansionspolitik. Das von ihm angestrebte großgermanische Kriegsimperium war nur von sehr kurzer Dauer. Es scheiterte aufgrund seiner eigenen selbstmörderischen Gesetzmäßigkeit infolge eines aggressiven Antisemitismus, entfesselten Rassismus, exzesshafter Vernichtungsgorgien sowie völliger Überdehnung und ging als „Sternschnuppen-Imperium“³ zugrunde.

1 Der vorliegende Aufsatz ist ein Teilergebnis des FWF-Projekts P 26439-G15 „Aktenedition: Österreich und die Deutsche Frage 1987 bis 1990“.

2 Für diesen und die folgenden Punkte siehe: Michael Gehler/Rainer F. Schmidt/Harm-Hinrich Brandt/Rolf Steininger (eds.), *Ungleiche Partner? Österreich und Deutschland in ihrer gegenseitigen Wahrnehmung. Historische Analysen und Vergleiche aus dem 19. und 20. Jahrhundert* (= Beiheft 15 der Historischen Mitteilungen der Leopold von Ranke-Gesellschaft; Stuttgart: Steiner, 1996, Nachdruck Innsbruck/Wien/Bozen: StudienVerlag, 2009). Maximilian Graf danke ich für eine sehr anregende wie kritisch-konstruktive Durchsicht dieses Beitrags, für dessen Thesen der Verfasser selbstredend allein verantwortlich zeichnet.

3 Diesen Begriff hat der Innsbrucker Althistoriker Robert Rollinger geschöpft und diesen im Juni 2017 erfolgreich auf einer wissenschaftlichen Konferenz auf seinen Gehalt getestet.

3. Im Jahre 1955 wurde in Wien auch die Nachkriegsregelung der Deutschlandfrage mitentschieden, indem Österreich definitiv aus der deutschen Geschichte ausschied und damit auch aus dem Problemkomplex der älteren und auf das 19. Jahrhundert zurückgehenden deutschen Frage (großdeutsch versus kleindeutsch) heraustrat. Es konnte nun – im Unterschied zu 1919 – freiwillig seinen eigenen Weg in die staatliche Unabhängigkeit gehen und damit auch seinen Willen zur Unabhängigkeit von Deutschland artikulieren.⁴

4. In Wien wurde von 1986 bis 1989 die noch offene deutsche Nachkriegsfrage vorentschieden, als die KSZE-Nachfolgekonferenz, das dritte Folgetreffen nach jenen von Belgrad (1977–1978) und Madrid (1981–1983), über Themen wie Menschenrechte, Reise- und Visafreiheit verhandelte, die den Massenexodus aus der DDR (mit)auslösen und ihren Untergang bewirken sollten.⁵

5. Wien spielte mit Blick auf die österreichische Außen- und Regierungspolitik sowohl bezüglich der wirtschaftlichen Fortexistenz der DDR in den 1980er-Jahren als auch für den politischen Erosionsprozess des ostdeutschen Staates im Jahre 1989 durch sein Arrangement mit Deutschland und Ungarn zur Genehmigung der Durchreise von DDR-Bürgerinnen und -Bürgern eine lange Zeit wenig beachtete, aber nicht unerhebliche Rolle, wie die Studien von Maximilian Graf sehr eindrucksvoll belegt haben.⁶ Wien tat sich aber gleichwohl bis

4 Michael Gehler, *Modellfall für Deutschland? Die Österreichlösung mit Staatsvertrag und Neutralität 1945–1955* (Innsbruck/Wien/Bozen: StudienVerlag, 2015).

5 Helmut Altrichter/Hermann Wentker (eds.), *Der KSZE-Prozess. Vom Kalten Krieg zu einem neuen Europa 1975 bis 1990* (München: Oldenbourg, 2011); Matthias Peter/Hermann Wentker (eds.), *Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Internationale Politik und gesellschaftliche Transformation 1975–1990* (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer; Berlin/Boston: De Gruyter 2013). Zum Wiener Folgetreffen siehe Stefan Lehne, *The Vienna Meeting of the Conference on Security and Cooperation in Europe, 1986–1989. A Turning Point in East-West Relations* (Boulder/San Francisco/Oxford: Westview Press, 1991); Hans-Heinrich Wrede, *KSZE in Wien. Kursbestimmung für Europas Zukunft* (Köln: Verlag Wissenschaft und Politik, 1990).

6 Vgl. den Beitrag von Maximilian Graf in diesem Band und zuallererst: id., *Österreich und die DDR 1949–1989/90. Beziehungen – Kontakte – Wahrnehmungen*, phil. Diss. Universität Wien, 2012; id., *Österreich und die DDR 1949–1990. Politik und Wirtschaft im Schatten der deutschen Teilung* (= Internationale Geschichte/International History 3; Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, 2016); id., *Austria and the GDR 1949–1972. Diplomatic and Political Contacts in the Period of Non-recognition*, in: Arnold Suppan/Maximilian Graf (eds.), *From the Austrian Empire to Communist East Central Europe* (= Europa Orientalis 10; Wien: Lit, 2010), 151–177; id., *Ein verdrängtes bilaterales Verhältnis. Österreich und die DDR 1949–1989/90*, in: *Zeitgeschichte* 39 (2012) 2, 75–97; id., *Die DDR im „Ostblock“ 1949–1972. Berichte österreichischer Diplomaten*, in: Jochen Staadt (ed.), *Schwierige Dreierbeziehung. Österreich und die beiden deutschen Staaten* (= Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin 18; Frankfurt am Main: Peter Lang, 2013), 29–80; id., *Österreich und das „Verschwinden“ der DDR. Ostdeutsche Perzeptionen im Kontext der Langzeitentwicklungen*, in: Andrea Brait/Michael Gehler (eds.), *Grenzöffnung 1989: Innen- und Außenperspektiven und die Folgen für Österreich* (= Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für Politisch-Historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek 49; Wien/Köln/Weimar: Böhlau, 2014), 221–242.

zuletzt auf dem Sektor der Kulturbeziehungen schwer, die neuen Realitäten der zu Ende gehenden deutschen Zweistaatlichkeit mit der dem Tode geweihten DDR zu akzeptieren.⁷

Diese fünf historischen Voraussetzungen boten auch Gewähr dafür, sich am geschichtsträchtigen Genius loci Wien als internationaler Begegnungsstätte mit „neutralem Forschergeist“ und größtmöglicher Objektivität und Offenheit sowie mit europäischer und internationaler Fachexpertise diesem komplexen Thema zu widmen.

II. Der historische Stellenwert des Jahres 1989

Bevor auf die Ergebnisse dieses Bandes eingegangen wird, ist zunächst zu fragen, welchen Stellenwert die „Revolutionszeiten“ um das Jahr 1989⁸ als Auslöser für das Aufbrechen der deutschen Frage hatten und was „Europa“ eigentlich ist, um daraus abzuleiten, was noch an offenen Fragen aufzuwerfen und für die Forschung zu tun wäre.

Das Jahr 1989 hatte nicht nur eine europäische, sondern auch eine globale Bedeutung.⁹ Das „Ende der Geschichte“ mit dem nun einsetzenden Siegeszug der liberalen Demokratien (Francis Fukuyama)¹⁰ zu verkünden, war zu vordergründig. Nach einer euphorischen Aufbruchsstimmung über die sich angeblich auflösen-

7 Vgl. den Beitrag von Andrea Brait in diesem Band.

8 Ludger Kühnhardt, *Revolutionszeiten. Das Umbruchjahr 1989 im geschichtlichen Zusammenhang* (München: Olzog, 1994); Michael Gehler, Die Umsturzbewegungen 1989 in Mittel- und Osteuropa, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 41/42 (4.10.2004), 36–46; id., 1989: Ambivalent Revolutions with different Backgrounds and Consequences, in: Wolfgang Mueller/Michael Gehler/Arnold Suppan (eds.), *The Revolutions of 1989. A Handbook* (= Internationale Geschichte/International History 2; Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, 2015), 587–604; id., Die revolutionären Ereignisse 1989 in Mittel- und Osteuropa. Ursachen – Anlässe – Strukturen – Verläufe – Wirkungen, in: Österreich und die Ostöffnung 1989. historisch-politische bildung. Themendossiers zur Didaktik von Geschichte, Sozialkunde und Politischer Bildung (2015) 8, 7–14 (auch abrufbar unter: <http://www.didactics.eu/index.php?id=2899>); id., Vom Glanz und Elend der Revolutionen. Die Umstürze in Mittel- und Osteuropa 1989 mit Blick auf die Jahre 2001 und 2011, in: Michael Corsten/Michael Gehler/Marianne Kneuer (eds.), *Welthistorische Zäsuren. 1989 – 2001 – 2011* (= Hildesheimer Universitätsschriften 31; Hildesheim/Zürich/New York: Olms, 2016), 37–65; Michael Gehler/Andrea Brait (eds.), *Am Ort des Geschehens in Zeiten des Umbruchs. Lebensgeschichtliche Erinnerungen aus Politik und Ballhausplatz-diplomatie vor und nach 1989* (erscheint voraussichtlich: Hildesheim/Zürich/New York: Olms, 2017); Aron Buzogány, 25 Jahre 1989: Osteuropa zwischen Euphorie und Ernüchterung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 24–26 (3.6.2014), 10–15.

9 Vgl. dagegen Angela Siebold, 1989 – eine Zäsur von globaler Reichweite? in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 24–26 (3.6.2014), 3–9; und hierzu die globale Dimension von „1989“ unterstreichend Erhard Stackl, *1989. Sturz der Diktaturen* (Wien: Czernin, 2009).

10 Francis Fukuyama, *The End of History and the Last Man* (New York et al.: Free Press, 1992), 287–327.

den Konfrontationsmuster und Strukturen des Kalten Krieges kamen differente Auswirkungen und unerwartete Entwicklungen der Ereignisse dieses Jahres zum Vorschein, die die Welt veränderten. Während sich der Osten Europas öffnete und die Demokratie mit allen Stärken und Schwächen Einzug hielt, erlebte China nur einen Monat den Traum des Wortes „Freiheit“, während in Berlin die Mauer bröckelte und fiel. Somit waren die alten Diktatoren gezwungen, politisch-moralische Rechenschaft abzulegen. Der Herbst der Völker, wie er auch genannt wurde, hat eine Realität aufgerollt, die fundamentale tektonische Veränderungen nach sich zog. Das Jahr 1989 findet keinen Vergleich mit Ereignissen der Geschichte des 20. Jahrhunderts, wenn man an 1919, 1929 oder 1945 denkt und damit verbundene historische Implikationen und entsprechende Überlegungen bemüht. Das Jahr 1989 setzte einerseits die Globalisierung der Freiheit, aber auch das Bewusstsein von der Notwendigkeit der Humanisierung der Welt und von der Klimaerwärmung der Erde in Gang, wie auch erste Schritte zur Demokratie in Afrika. Das Jahr 1989 begünstigte gleichzeitig eine Beflügelung und Emanzipation älterer Nationalismen. Es beförderte eine Spirale der politisch-militärischen Gewalt mit dem blutigen Zerfall des ehemaligen Jugoslawiens und den Kriegen in Liberia und Somalia sowie den Dschihad unter Führung Osama bin Ladens, der nach seinem Kampf gegen die Sowjetunion in Afghanistan mit Unterstützung der USA eine neue anti-amerikanische Strategie zu entwickeln begann.¹¹

Das Jahr 1989 bedeutete nicht nur das scheinbare Ende des Kalten Krieges, der ein Dritter Weltkrieg war, sondern auch das tatsächliche Ende der sogenannten bipolaren Welt. Die Hyperdominanz der USA wurde nach einem Jahrzehnt des Übergangs (1990–2000) von einer Welt der Multipolarität mit neuen globalen Mächten abgelöst. 9/11 mag dabei auch als eine Wende gelten.

Die USA ignorierten nach ihrem Siegestriumph des gewonnenen Kalten Krieges die Sicherheitsinteressen Russlands im Osten Europas, was einen neuen und andersgelagerten Kalten Krieg nach sich zog.¹² Abkommen zwischen Moskau und Washington in den 1990er-Jahren wurden mit einem neuen Jalta verglichen.

Die unmittelbare Vorgeschichte von 1989 reicht zumindest bis Ende der 1970er- und Anfang der 1980er-Jahre zurück, als sich Höhepunkte der Macht sowie Stärken und Schwächen der Supermächte im Kalten Krieg auftraten.¹³ Mit Blick auf die Ökonomie muss man zeitlich wohl noch weiter zurückgehen. Mit dem Jahr 1989 sind nicht nur demokratiepolitische Aufbrüche und Emanzipa-

11 Pierre Grosser, 1989. *L'année où le monde a basculé* (Paris: Perrin, 2009).

12 Sven Papcke, Der Kalte Krieg als Problem der Zeitgeschichtsschreibung, in: *Europa Archiv* 45 (10.11.1990) 21, 623–631; Mary Elise Sarotte, 1989. *The Struggle to Create Post-cold War Europe* (Princeton/Oxford: University Press, 2011); Robert Service, *The End of the Cold War 1985–1991* (London: Macmillan, 2015); Michael Gehler, Der alte und der neue Kalte Krieg in Europa. Vor 25 Jahren wurde in der französischen Hauptstadt feierlich die „Charta von Paris für ein neues Europa“ unterzeichnet. Von der damaligen Aufbruchsstimmung ist nichts geblieben. Dafür dominiert wieder das Gut-Böse-Denken (Debatte), in: *Die Presse*, 20. November 2015.

13 Grosser, 1989, 9–14 (introduction), 512–563, 565–573 (conclusion).

tion möglich geworden, sondern auch neue nationale Bedrohungen und internationale Risiken entstanden.

III. Die historischen Hintergründe des europäischen Revolutionsjahrs 1989

Die Gründe für die Umbrüche des Jahres 1989 sind vom Verfasser bereits an anderer Stelle genannt worden.¹⁴ Zwölf Befunde lassen sich kurz und bündig sowie neu zusammengefasst benennen:

1. die ökonomische Dauerkrise und die Erosion des bürokratischen Staatssozialismus;¹⁵
2. die Entspannungspolitik durch die Schlussakte von Helsinki vom 1. August 1975¹⁶ und der schon erwähnte KSZE-Nachfolgeprozess;
3. der Heilige Stuhl als Akteur im Kalten Krieg, ein historischer Vorgang, der bereits als Öffnungsprozess mit dem Zweiten Vatikanum eingeleitet worden war;¹⁷
4. die Überdehnung des sowjetischen Machtbereichs durch den militärischen Ausgriff nach Afghanistan 1979;
5. der NATO-Doppelbeschluss von 1979 als Reaktion auf die sowjetische Aufrüstung der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre;
6. die Reformbestrebungen von Michail S. Gorbatschow ab 1985;¹⁸

14 Michael Gehler, „Friedliche Revolution“ und Wiedervereinigung Deutschlands. Interne und externe Faktoren im Zusammenspiel 1989/90, in: Hans-Joachim Veen/Franz-Josef Schlichting (eds.), *Von der Urkatastrophe Europas bis zur Wiedervereinigung Deutschlands. Etappen deutscher Zeitgeschichte 1914 bis 1990* (Weimar: Stiftung Ettersberg, 2014), 111–144, hier 114–116; id., *Vom Glanz und Elend der Revolutionen*, 44–48.

15 August Pradetto, *Bürokratische Anarchie. Der Niedergang des polnischen „Realsozialismus“* (Wien/Köln/Graz: Böhlau, 1992); id., *Techno-bürokratischer Sozialismus. Polen in der Ära Gierke (1970–1980)* (Frankfurt am Main et al.: Peter Lang, 1991).

16 Wilfried Loth, *Helsinki, 1. August 1975. Entspannung und Abrüstung* (= 20 Tage im 20. Jahrhundert; München: Deutscher Taschenbuch Verlag, 1998); id., *Die Rettung der Welt. Entspannungspolitik im Kalten Krieg 1950–1991* (Frankfurt/Main/New York: Campus: 2016), 298–307.

17 Piotr H. Kosicki, Vatican II and Poland, in: id. (ed.), *Vatican II behind the Iron Curtain* (Washington, D. C.: The Catholic University of America Press, 2016), 127–198.

18 Siehe dazu zunächst Gerhard Simon, Nationalismus und die Grenzen der Sowjetunion als Weltmacht, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 35 (26.8.1988), 16–28; id., Der Umbruch des politischen Systems in der Sowjetunion, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 19–20 (4.5.1990), 3–15; Jens Hacker, Michail Gorbatschow und die engere „sozialistische Gemeinschaft“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 19–20 (4.5.1990), 30–39; Gerhard Simon, Die innere Instabilität der Sowjetunion und ihre außenpolitischen Auswirkungen, in: *Europa Archiv* 46 (10.5.1991) 9, 282–288; zur deutschen Frage siehe Aleksandr Galkin/Anatolij Tschernjajew (eds.): *Michail Gorbatschow und die deutsche Frage. Sowjetische Dokumente 1986–1991*, deutsche Ausgabe ed. von Helmut Altrichter/Horst Möller/Jürgen Zarusky, kommentiert von Andreas Hilger (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 83; München: Oldenbourg: 2011).

7. das Unvermögen des Kommunismus in den 1980er-Jahren, auf den kommunikationstechnologischen Wandel im Westen adäquat zu reagieren;
8. die Wettbewerbsunfähigkeit des Sozialismus im handelspolitischen und weltwirtschaftlichen Kontext der Globalisierung;
9. das konsequente Scheitern des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW, COMECON) im Vergleich zum „Erfolgsmodell“ der Europäischen Gemeinschaften (EG);
10. der schleichende ideologische Delegitimations- und Erosionsprozess des Sozialismus, der zu seinem Glaubwürdigkeitsverlust führte;
11. das Entstehen „zweiter“ Ökonomien, sogenannter Schattenwirtschaften, in den verbündeten „sozialistischen Bruderstaaten“ sowie
12. die verstärkte Integration Mittel- und Osteuropas in das westlich-kapitalistische Wirtschaftssystem unter Zunahme ihres Handels und ihrer Auslandsschulden.

IV. Die deutsche Vereinigung als Forschungsgegenstand

Der deutsch-deutsche Einigungsprozess hat eine Fülle von Publikationen hervorgerufen, so Zeitzeugen-Publikationen,¹⁹ Dokumentationen und Editionen, Gesamtdarstellungen, sprich Monographien, Bilanzen und Chroniken sowie tausende Aufsätze in Zeitschriften und Fachbeiträge in Sammelwerken, wie schon in der Einleitung dieses Bandes erwähnt. Als pars pro toto sei noch ein wegweisender Artikel von Karl-Heinz Blaschke zitiert, der den großen Wert auch von Einzelbeiträgen unterstreicht, wonach es sich bei den Demonstrationen in Ostdeutschland um eine ursprünglich vorwiegend protestantische, sächsische und städtische Protestbewegung gehandelt hat.²⁰

Die bisherige Forschung zur deutschen Frage, der DDR und der Einheit Deutschlands hat sich sehr stark auf die inneren Ursachen des Untergangs der

19 Timothy Garton Ash, *Ein Jahrhundert wird abgewählt. Aus den Zentren Mitteleuropas 1980–1990* (München/Wien: Hanser, 1990); Horst Teltschik, *329 Tage. Innenansichten der Einigung* (Berlin: Siedler, 1991); Wolfgang Schäuble/Dirk Koch (eds.), *Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte* (Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1991); Valentin Falin, *Politische Erinnerungen* (München: Droemer und Knaur, 1993); Lothar de Maizière, *Anwalt der Einheit. Ein Gespräch mit Christine de Maizière* (Berlin: Argon, 1996); Michail Gorbatschow, *Wie es war: die deutsche Wiedervereinigung* (Berlin: Ullstein, 1999); Ehrhart Neubert, *Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90* (München: Piper, 2008); Hans-Hermann Hertle, *Der Tag, an dem die Mauer fiel. Die wichtigsten Zeitzeugen berichten vom 9. November 1989* (Berlin: Nicolai, 2009); Paul Schulmeister, *Wendezeiten. Eine Revolution im Rückblick* (St. Pölten/Salzburg: Residenzverlag, 2009); Ewald König, *Menschen – Mauer – Mythen. Deutsch-Deutsche Notizen eines Wiener Korrespondenten* (Halle/Saale: Mitteldeutscher Verlag, 2014).

20 Karlheinz Blaschke, Die „sächsische“ Revolution von 1989 – ein städtisches Ereignis, in: Bernhard Kirchgässner/Hans-Peter Becht (eds.), *Stadt und Revolution* (= Stadt in der Geschichte 27; Stuttgart: Jan Thorbecke, 2001), 109–123.

SED-Diktatur konzentriert, wie die Volkskammerwahl, die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, die Reorganisation von Recht und Verwaltung im Beitrittsgebiet, die Neuordnung der Eigentumsverhältnisse und v. a. den Umgang mit dem Stasi-Komplex, der eine Erblast bildete, die Mauerschützenprozesse, die Unrechtshandlungen an der deutsch-deutschen Grenze etc. Es dominierte dadurch eine Binnenfokussierung und Deutschland-Zentrierung. Die Gesellschaftsgeschichte der Bielefelder Schule fand noch einmal Anwendung auf die Geschichte der DDR, was über weite Strecken der 1990er-Jahre mit einer Absage an die Außenpolitik-, Politik- und Diplomatie-Geschichte²¹ Hand in Hand ging, so dass Fragenkomplexe wie „Europa und die deutsche Einheit“ weitgehend in den Hintergrund rückten.²² Dabei ergab sich der entscheidende Auslöser für

- 21 Eine erste Ausnahme stellt auf pionierhafte Weise dar Michael Wolffsohn, *Der außenpolitische Weg zur deutschen Einheit. Das Ausland und die vollendeten Tatsachen*, in: Eckhard Jesse/Armin Mitter (eds.), *Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte – Politik – Gesellschaft* (Schriftenreihe Studien zur Geschichte und Politik 308; Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 1991), 142–162; weitere Ausnahmen von der Regel sind Karl-Rudolf Korte, *Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982–1989* (= Geschichte der Deutschen Einheit in vier Bänden, Band 1; Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1998), v. a. aber Werner Weidenfeld, *Außenpolitik für die deutsche Einheit. Die Entscheidungsjahre 1989/90* (= Geschichte der Deutschen Einheit in vier Bänden, Band 4; Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1998); Bundesministerium des Innern unter Mitwirkung des Bundesarchivs (eds.), *Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90*, bearb. von Hanns Jürgen Küsters/Daniel Hofmann (= Dokumente zur Deutschlandpolitik, Sonderband; München: Oldenbourg, 1998); Hanns Jürgen Küsters, *Der Integrationsfriede. Viermächte-Verhandlungen über die Friedensregelung mit Deutschland 1945–1990* (= Dokumente zur Deutschlandpolitik, Studien 9; München: Oldenbourg, 2000); Alexander von Plato, *Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel: Bush, Kohl, Gorbatschow und die geheimen Moskauer Protokolle* (Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, 2003).
- 22 Zur Dominanz der Innensichtweisen zur deutsch-deutschen Frage und zur deutschen Einheit seien als pars pro toto zitiert: Christian Lemke, *Die Ursachen des Umbruchs 1989. Politische Sozialisation in der ehemaligen DDR* (Opladen: Westdeutscher Verlag, 1991); Hans Joas/Martin Kohli (eds.), *Der Zusammenbruch der DDR. Soziologische Analysen* (Frankfurt/Main: edition suhrkamp, 1993); Gerd-Rüdiger Stephan (ed.), „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“ *Interne Dokumente zum Zerfall von SED und DDR 1988/89* (Berlin: Dietz, 1994); Ehrhart Neubert, *Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989* (Berlin: Ch. Links, 1997); Dieter Grosser, *Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln* (= Geschichte der Deutschen Einheit in vier Bänden, Band 2; Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1998); Wolfgang Jäger, *Die Überwindung der Teilung. Der innerdeutsche Prozeß der Vereinigung 1989/90* (= Geschichte der Deutschen Einheit in vier Bänden, Band 3; Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1998); Klaus Schroeder, *Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR* (München: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, 1999); Roman Grafe, *Deutsche Gerechtigkeit. Prozesse gegen DDR-Grenzschilder und ihre Befehlsgeber* (München: Siedler Verlag, 2004); Claus J. Duisberg, *Das deutsche Jahr – Innenansichten der Wiedervereinigung 1989/1990* (Berlin: wjs Verlag, 2005); Gerhard A. Ritter, *Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaats* (München: C. H. Beck, 2006); Uwe Müller/Grit Hartmann, *Vorwärts und Vergessen! Kader, Spitzel und Komplizen: Das*

den unaufhaltsamen Prozess der Erosion des SED-Regimes ausgerechnet nicht in Ostdeutschland, sondern in Ungarn und zwar mit der massenhaften Flucht dort urlaubender DDR-Bürger.²³

Kommen wir nun mehr und mehr zu den europäischen Dimensionen der deutschen Einigung: In Bezug auf ihr Verhältnis zur Deutschlandfrage vor 1989 und zur deutschen Einheit 1990 ist in Forschungsfragen von allen europäischen Ländern Frankreich – ungefähr gleichrangig mit der ehemaligen Sowjetunion²⁴ – einer der bestdokumentierten Staaten,²⁵ was sich durch dreier-

gefährliche Erbe der SED-Diktatur (Berlin: Rowohlt, 2009); Hans-Hermann Hertle/Maria Nooke, *Die Todesopfer an der Berliner Mauer 1961–1989. Ein biographisches Handbuch* (Berlin: Ch. Links Verlag, 2009); Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte (eds.), *Handbuch zur deutschen Einheit: 1949 – 1989 – 1999* (Frankfurt am Main: Campus, 1999); Ed Stuhler, *Die letzten Monate der DDR. Die Regierung de Maizière und ihr Weg zur deutschen Einheit* (Berlin: Ch. Links, 2010); Jacqueline Boysen, *Das „weiße Haus“ in Ost-Berlin. Die Ständige Vertretung der Bundesrepublik bei der DDR* (Berlin: Ch. Links, 2010).

- 23 Zu den DDR-Flüchtlingen siehe insbesondere Andreas Oplatka, *Der Eiserne Vorhang reißt. Ungarn als Wegbereiter* (Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung, 1990); id., *Der erste Riss in der Mauer. September 1989 – Ungarn öffnet die Grenze* (Wien: Zsolnay, 2009). Siehe auch den Beitrag von Maximilian Graf in diesem Band.

- 24 Vgl. den Beitrag von Andreas Hilger in diesem Band und id., *Diplomatie für die deutsche Einheit. Dokumente des Auswärtigen Amtes zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1989/90* (München: Oldenbourg, 2011); Galkin/Tschernjajew (eds.), *Michail Gorbatschow und die deutsche Frage*; Stefan Karner/Mark Kramer/Peter Ruggenthaler/Manfred Wilke et al. (eds.), *Der Kreml und die „Wende“ 1989. Interne Analysen der sowjetischen Führung zum Fall der kommunistischen Regime* (Innsbruck/Wien/Bozen: StudienVerlag, 2014); Stefan Karner/Mark Kramer/Peter Ruggenthaler/Manfred Wilke et al. (eds.), *Der Kreml und die deutsche Wiedervereinigung 1990. Interne sowjetische Analysen* (= Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung, Sonderband 16; Berlin: Metropol, 2015); Hanns Jürgen Küsters (ed.), *Der Zerfall des Sowjetimperiums und Deutschlands Wiedervereinigung/The Decline of the Soviet Empire and Germany's Reunification* (Köln/Weimar/Wien: Böhlau, 2016).

- 25 Valérie Guérin-Sendelbach, *Frankreich und das vereinigte Deutschland. Interessen und Perzeptionen im Spannungsfeld* (Opladen: Leske & Budrich, 1999); Tilo Schabert, *Wie Weltgeschichte gemacht wird. Frankreich und die deutsche Einheit* (Stuttgart: Klett-Cotta, 2002); Elke Bruck, *François Mitterrands Deutschlandbild – Perzeption und Politik im Spannungsfeld deutschland-, europa- und sicherheitspolitischer Entscheidungen 1989–1992* (Frankfurt/Main et al.: Peter Lang, 2003); Hans Stark, Kohl, *l'Allemagne et l'Europe. La politique d'intégration européenne de la République fédérale 1982–1998* (Paris/Budapest/Torino: L'Harmattan, 2004); Tilo Schabert, *Mitterrand et la réunification allemande. Une histoire secrète (1981–1995)* (Paris: Grasset, 2005); Frédéric Bozo, *Mitterrand, la fin de la guerre froide et l'unification. De Yalta à Maastricht* (Paris: Jacob, 2005); Ulrich Lappenküper, *Mitterrand und Deutschland. Die enträtselte Sphinx* (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 89; München: Oldenbourg, 2011); Maurice Vaisse/Christian Wenkel (eds.), *La diplomatie française face à l'unification allemande. D'après des archives inédites* (Paris: Tallandier, 2011); Michèle Weinachter (ed.), *L'Est et l'Ouest face à la chute du mur. Question de perspective* (Cergy Pontoise: Cirac, 2013); Anne Kwaschik/Ulrich Pfeil (eds.), *Die DDR in den deutsch-französischen Beziehungen/La RDA dans les relations franco-allemande* (Frankfurt/Main et al.: Peter Lang, 2013).

lei Aspekte erklären lässt: Das Thema traf wie keine andere Nation Europas den Nerv der französischen Außen- und Europapolitik. Sowohl französische wie deutsche Historiker haben sich in großer und prominenter Zahl intensiv mit der Materie befasst. Dabei sind erhebliche Auffassungsunterschiede zu bemerken, so zum Beispiel zwischen Ulrich Lappenküper (Hamburg) und Tilo Schabert (Erlangen-Nürnberg).²⁶

In dieser Kontroverse ging es vor allem um die Frage, ob Frankreichs Staatspräsident François Mitterrand für oder gegen eine rasche Vereinigung der beiden deutschen Staaten war. Während Schabert in Mitterrand einen der deutschen Einigung gegenüber offen eingestellten, positiv denkenden und wohlgesonnenen Politiker sieht, enträtselte Lappenküper die „Sphinx Mitterrand“ als Gegner, Kritiker und Skeptiker gegenüber einer allzu raschen Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu einem größeren Deutschland. Der Historiker-Streit hält weiter an, was nicht verwundert, da sich die Sachlage nicht so eindeutig darstellt wie bei Margaret Thatcher, über die es in ihrer ablehnenden Haltung – entgegen der Auffassungen in ihrem eigenen Foreign Office²⁷ – gegenüber der deutschen Einheit keinen Zweifel gibt.²⁸ Fraglos gab es auch kein Tandem Paris-London zur Verhinderung der deutschen Einigung, was Thatcher betrübte.

V. Die Gründe für das Ende der DDR und den deutschen Einigungsprozess 1989/90

Versucht man die Gründe zusammenzufassen, die zum Aus für das SED-Regime führten und die deutsch-deutsche Entwicklung 1989/90 beförderten, lassen sich zwölf Faktoren benennen:²⁹

- 26 Siehe hierzu den Primärquellen-kritischen Beitrag von Tilo Schabert in diesem Band.
- 27 Siehe die Edition *Documents on British Policy Overseas (DBPO), Series III, Vol. VII: German Unification, 1989–1990*, ed. von Keith Hamilton/Patrick Salmon/Stephen Twigge (London/New York: Routledge, 2010).
- 28 Norbert Himmler, *Zwischen Macht und Mittelmaß. Großbritanniens Außenpolitik und das Ende des Kalten Krieges* (Berlin: Duncker & Humblot, 2001); Klaus R. Jackisch, *Eisern gegen die Einheit. Margaret Thatcher und die deutsche Wiedervereinigung* (Frankfurt/Main: Societäts-Druckerei, 2004); siehe hierzu vor allem auch den Beitrag von Hinnerk Meyer in diesem Band.
- 29 Das Folgende wurde bereits näher ausgeführt in: Michael Gehler, *Deutschland. Von der Teilung zur Einigung. 1945 bis heute* (Wien/Köln/Weimar: Böhlau, 2010; sowie Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 1124; Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2011), 288–359; und Gehler, „Friedliche Revolution“ und Wiedervereinigung Deutschlands, 117–143. Siehe hierzu auch Andreas Rödter, *Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung* (München: C. H. Beck, 2009); Ilko-Sascha Kowalczyk, *Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR* (München: C. H. Beck, 2009); Janusz Sawczuk, *Turbulentes 1989. Genese der deutschen Einheit* (Oxford et.al.: Peter Lang, 2011).

1. Fehleinschätzungen, in Bezug auf die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit und damit die Existenzfähigkeit des eigenen Staates, waren auf Seite der ost-deutschen Entscheidungsträger noch bis weit in das Jahr 1989 gegeben.
2. Im Zuge von Wahlfälschungen und wirtschaftlichem Niedergang erfolgten verstärkt ausländische und bundesdeutsche Botschaftsbesetzungen durch DDR-Bürgerinnen und -Bürger in der zweiten Jahreshälfte 1989.
3. Das österreichisch-ungarische Grenzöffnungsszenario am 27. Juni 1989 und dessen mediale Verbreitung als offenes Tor zum Westen sowie das funktionierende Zusammenspiel im Dreieck Bonn-Budapest-Wien eröffneten nicht nur die Möglichkeit einer gelungenen Massenflucht von DDR-Urlaubern aus Ungarn, sondern bildeten auch den Anfang vom Ende des SED-Regimes.³⁰
4. Die Gedenk- und Erinnerungspolitik um den 7. Oktober anlässlich der 40-Jahr-Feier der DDR-Gründung scheiterte gründlich, u.a. aufgrund der Massenproteste. Honecker und andere hohe SED-Funktionäre mussten abdanken. Es folgte der kollektive Rücktritt des ZK der SED.
5. Eine Eigendynamik revolutionärer und umsturzartiger Ereignisse sowie der Zerfall der SED setzten ein.
6. Der Zufall spielte auch eine Rolle in Berlin-Ost. Entschlussfähigkeit folgte darauf in Bonn: Die vorzeitige Öffnung des Grenzübergangs in Berlin Bornholmer-Straße wurde durch eine verunglückte Mitteilung auf einer Pressekonferenz am Abend des 9. November ausgelöst und das von Bundeskanzler Helmut Kohl im Bundestag verkündete „Zehn-Punkte-Programm“ gab am 28. November 1989 eine deutschlandpolitische Zielrichtung vor.³¹ Das war sowohl ein bemerkenswerter Ausdruck bundesdeutschen Souveränitätswillens als auch ein deutschlandpolitischer Akt der Emanzipation von den für Deutschland eigentlich zuständigen Vier Mächten.
7. Eine doppelte innerdeutsche Annäherung war einerseits durch einen nach polnischem Vorbild gebildeten „Runden Tisch“ gegeben, an dem Vertreter der DDR-Regierung und der Opposition saßen, andererseits folgte das Treffen zwischen Bundeskanzler Kohl und DDR-Ministerpräsident Hans Modrow

30 Michael Gehler, Bonn – Budapest – Wien. Das deutsch-österreichisch-ungarische Zusammenspiel als Katalysator für die Erosion des SED-Regimes 1989/90, in: Andrea Brait/Michael Gehler (eds.), *Grenzöffnung 1989*, 135–162; Maximilian Graf, Eine neue Geschichte des „Falls“ des Eisernen Vorhangs. Die Öffnung der österreichisch-ungarischen Grenze 1989 in Langzeitperspektive und ihre unmittelbaren Folgen für die DDR, in: *Jahrbuch für Mitteleuropäische Studien 2014/2015* (Wien: new academic press, 2016), 347–371; id., Die Welt blickt auf das Burgenland. 1989 – die Grenze wird zum Abbild der Veränderung, in: id./Alexander Lass/Karlo Ruzicic-Kessler (eds.), *Das Burgenland als internationale Grenzregion im 20. und 21. Jahrhundert* (Wien: NeueWeltVerlag, 2012), 135–179, hier 145–178.

31 Petra Heß/Christoph Kloft (eds.), *Der Mauerfall – 20 Jahre danach* (Zell/Mosel: Rhein-Mosel Verlag, 2009); Hans-Hermann Hertle, *Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates* (Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 1999); id., *Chronik des Mauerfalls. Die dramatischen Ereignisse um den 9. November 1989* (Berlin: Ch. Links, 112009).

- in Dresden, welches u. a. zur Vereinbarung des beiderseitigen symbolhaften Durchschreitens des geöffneten Brandenburger Tors am 22. Dezember 1989 führte.
8. Im Kreml herrschte aus Bonner Sicht offiziell Schweigen und somit kein positives Signal zur deutsch-deutschen Entwicklung im Januar 1990 und in der DDR trug der „Runde Tisch“ zur Vermeidung einer Situation bei, die aus dem Ruder hätte laufen können.
 9. Anhaltender Druck aus der Bevölkerung durch fortgesetzte Demonstrationen sowie ein drohender Massenexodus aus der DDR bewirkten vorgezogene freie Volkskammerwahlen am 18. März 1990 mit dem Sieg der „Allianz für Deutschland“.
 10. Die Attraktivität der D-Mark für die ostdeutsche Bevölkerung spielte dabei eine erhebliche Rolle, worauf die Bundesregierung bereits im Februar 1990 mit der Ankündigung des Vorhabens einer deutsch-deutschen Wirtschafts- und Währungsunion reagiert hatte.
 11. Das nachlassende Misstrauen im Westen, v. a. seitens der großen EG-Partner, gegenüber der rasanten deutschen-deutschen Entwicklung wurde durch vertrauensbildende Maßnahmen der deutschen Bundesregierung befördert. Die innerdeutsche Lösung der deutschen Frage erfolgte durch die Bildung der „Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion“ am 1. Juli, den Einigungsvertrag am 31. August und den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes laut Artikel 23 am 3. Oktober 1990, die äußere Regelung durch den „Zwei-plus-vier“-Vertrag, unterzeichnet am 12. September 1990 in Moskau (in Kraft getreten am 15. März 1991) und die deutsche Zusage verstärkter europäischer Integrationspolitik in einer zukünftigen Europäischen Union.
 12. Die von Helmut Kohl³² forcierte Lösung der Dreifach-Integration bestand aus der Umsetzung der deutschen Einheit bei gleichzeitiger Zustimmung zu einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion³³ sowie der Unterstützung der Vor- und Wegbereitung einer gesamteuropäischen Einigung (EU-„Osterweiterung“).

32 Siehe hierzu Hanns Jürgen Küsters, *Das Ringen um die Deutsche Einheit. Die Regierung Helmut Kohl im Brennpunkt der Entscheidungen 1989/90* (Freiburg/Basel/Wien: Herder, 2009) sowie seinen Beitrag in diesem Band; Andreas Rödder, *Geschichte der deutschen Wiedervereinigung* (München: C. H. Beck, 2011); Hans-Peter Schwarz, *Helmut Kohl. Eine politische Biographie* (München: C. H. Beck, 2012).

33 Lothar Müller, Politische Schritte zur Europäischen Währungsunion, in: *Europa Archiv* 44 (10.9.1990) 17, 525–532.

VI. Die Gewichtung der bisher genannten Faktoren und die damit in Zusammenhang stehende erste Thesenbildung

Eine der schwierigsten Fragen der Forschung, die sich in diesem Zusammenhang bereits stellte, ist jene der Gewichtung dieser Multifaktoren. Hier wird man ausgehend von akzidentiellen, punktuellen, situativen, strukturellen und temporären Faktoren Überlegungen anstellen, aber auch die Eigendynamik als eigenen Faktor sowie die Kombination und die Multiplikation der Faktoren in Rechnung stellen müssen. Soweit die bisherige Forschung resümiert werden kann,³⁴ ist ein zentraler Befund evident: Die Lösung der deutschen Frage kann nicht heraus- und losgelöst von den revolutionären Veränderungen in Polen und Ungarn gesehen werden.³⁵ Hinzu kommt eine vom Verfasser bereits vorgelegte Prioritätenliste der Wirkfaktoren:³⁶

1. Die Sowjetunion hatte den Wettbewerb mit dem westlichen Kapitalismus spätestens seit den 1970er-Jahren verloren. Ein „imperial overstretch“ war für das Sowjetreich mit der Überdehnung seines Machtbereichs in Afghanistan gegeben. Die These in diesem Zusammenhang lautet, dass sich ohne das Desaster der Intervention am Hindukusch und ohne Gorbatschow die Wahrscheinlichkeit eines militärischen Eingreifens in der DDR 1989 erhöht hätte.
2. Der Frust mit den Systemmängeln und die Unfähigkeit des SED-Regimes, auf den Reformbedarf zu reagieren, führten zu einem massiven Glaubwürdigkeitsverlust aufgrund von Kommunikations- und Legitimationsdefiziten. Hinzu kamen die Attraktivität des D-Mark-Westens und der wirtschaftliche Konsumwunsch. Die These lautet hier, dass die DDR-Bürgerinnen und -Bürger die rasche Einheit erzwangen und die Politik im Osten wie im Westen Deutschlands 1989/90 vor sich hertrieben.
3. Der Faktor Vereinigte Staaten von Amerika zur Unterstützung der deutschen Vereinigungspolitik war wesentlich, im Sinne von mitentscheidend. Die These lautet: Ohne die Unterstützung der US-amerikanischen Politik unter George H.W. Bush und James Baker wäre der westeuropäische Widerstand gegen die Einheit, der vom November 1989 noch bis zum Frühjahr 1990 anhielt, nicht so rasch zu brechen gewesen. Anders formuliert: Mit Briten und Franzosen wäre sie nicht so schnell zu haben gewesen. Letzten Endes war aber die proaktive Rolle Helmut Kohls als Akteur und Entscheidungsträger ausschlaggebend. Die These lautet hier: Ohne Kohl bzw. anders gewendet: mit dem Spitzenvertreter der deutschen Sozialdemokratie³⁷ Oskar Lafontaine

34 Mueller/Gehler/Suppan (eds.), *The Revolutions of 1989*.

35 Rudolf L. Tökés, Vom Post-Kommunismus zur Demokratie. Politik, Parteien und Wahlen in Ungarn, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 45 (2.11.1990), 16–33.

36 Gehler, „Friedliche Revolution“ und Wiedervereinigung Deutschlands, 143–144.

37 Siehe hierzu auch Daniel-Friedrich Sturm, *Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90* (= Willy Brandt-Studien 1; Bonn: Dietz, 2006).

als Bundeskanzler hätte es wahrscheinlich nicht eine so rasche deutsche Einigung gegeben.

Das Fazit der bisherigen Forschung: Der Erfolg der Freiheitsrevolution der Ostdeutschen und die deutsche Einheit sind Produkte eines Zusammenwirkens verschiedenster innersowjetischer und sozialistischer Systemdefizite sowie des Glaubwürdigkeits- und Loyalitätsverlustes des SED-Regimes, der daraufhin einsetzenden Massendemonstrationen und der Fluchtbewegung sowie der Unterstützung der USA und nicht zuletzt der Entschlusskraft und Willensstärke Helmut Kohls zu verdanken.

Ist damit aber schon alles gesagt und sind dadurch die Wiener Konferenzvorhaben eigentlich überflüssig gewesen? Mitnichten!

VII. Die verschiedenen Europas

Wie die verschiedenen Europas sowie seine Nationen und Staaten das deutsch-deutsche Geschehen 1989/90 wahrgenommen, beurteilt und mitentschieden haben, ist bis dato noch nicht hinlänglich ergründet worden, weswegen man sich auch noch den damit zusammenhängenden Forschungsfragen zuwenden sollte. Nehmen wir uns alsbald die Erträge des Themenfeldes unseres Bandes vor, wobei zunächst noch zu beantworten ist, was „Europa“ 1989/90 hieß und welches Europa eigentlich gemeint war. Das integrierte war nun weit mehr als eine Idee geworden, nämlich eine institutionelle Realität. Traum und Tatsache, Vision und Wirklichkeit waren zusammengefloßen. Es gab schon seit der Frühen Neuzeit ein ideelles, gedachtes und gewünschtes Europa, nun aber nach dem Zweiten Weltkrieg ein reales, etabliertes und erfahrbares Europa. Unter diesem wurde nach 1945 v. a. Westeuropa verstanden, was nach Ende des Kalten Kriegs fragwürdiger erschien. Die Integrationsforschung fokussierte zunächst auf die EWG, nicht auf ein größeres Europa wie das der vernachlässigten OEEC, des unterbelichteten und unterschätzten Europarats, des marginalisierten Freihandelseuropas der EFTA oder des gedachten „Mitteleuropas“ der Dissidenten und Bürgerrechtsbewegung der 1970er- und 1980er-Jahre hinter dem „Eisernen Vorhang“ sowie des nach Osten spät geöffneten Europas des Jahres 1989 und des erwachten „Europas der Regionen“, dem das im Nachvollzug geschaffene „Schengen“-Europa folgte, vom vergessenen „Europa der Städte und Gemeinden“ ganz zu schweigen. Dazu existiert noch das viel beschworene „Europa der Bürger“ im jeweiligen Diskurs. So gesehen gab es 1989/90 nicht nur ein, sondern sehr unterschiedliche Europas. Diese und ihre Verhältnisse zur deutschen Einheit führen uns nun endlich zur zusammenfassenden Synthese des aus zwei Konferenzen hervorgegangenen Sammelwerks.

VIII. Fünfzehn Dimensionen und weiterführende Thesen zum Themenkomplex „Europa und die deutsche Einheit“

Europas Geschichte ist weit mehr von Diversität als Uniformität geprägt. Seine Verschiedenheiten erlauben der Geschichtsschreibung kaum Verallgemeinerungen, wenn man vom gesamten Kontinent spricht. So kann immerhin im Wege einer multiperspektivischen Annäherung an die Thematik der politische Entscheidungsprozess im gesamteuropäischen Kontext besser nachvollzogen werden, der zur deutschen Einigung führte. Unter Berücksichtigung der Generalisierungsproblematik sind 15 Dimensionen und jeweilige Thesen zu identifizieren.

1. Der Begriff „Wiedervereinigung“

Im gängigen deutschen wie internationalen Sprachgebrauch war vor wie nach 1989 mehrheitlich von „Wiedervereinigung“ („reunification“) die Rede. Dabei handelte es sich um einen ideologisch-politisch besetzten Begriff, der das ideell begründete und moralisch berechnete Anliegen der Deutschen in Ost wie West untermauern sollte. Historisch wie formaljuristisch ist das Wort von der „Wiedervereinigung“ jedoch unzutreffend, denn die Bundesrepublik und die DDR waren zuvor niemals miteinander vereint gewesen. Daher erscheint es im Rahmen des wissenschaftlichen Sprachgebrauchs korrekter und präziser im Sinne des Prozesses von „Einigung“ oder „Vereinigung“ und im Vollzug des Geschehens von „Einheit“ zu sprechen. Es ist jedoch fraglos zutreffend, dass die Verwendung des Worts von der „Wiedervereinigung“ moralischen Legitimations- und politischen Überzeugungscharakter sowohl im In- als auch im Ausland besaß, gegen den sich kaum argumentieren ließ. Zudem erlangte man durch den Gebrauch von „Wiedervereinigung“ den Vorteil des Auslegungsmonopols, also der Deutungshoheit, die bei den Deutschen als den Gestaltern der Einigung lag. Trotz des Umstandes, dass innenpolitisch in der Bundesrepublik – im Unterschied zu Bevölkerungsteilen in der DDR – die deutsche Zweistaatlichkeit seit den 1970er- und spätestens mit den 1980er-Jahren zunehmend als ein politisches und gesellschaftliches Faktum akzeptiert worden war („Abschied vom Provisorium“), wurde die Formel von der „Wiedervereinigung“ von Medien, Politik und Öffentlichkeit weiterhin strapaziert. So gesehen handelte es sich letztlich um einen nützlichen Begriff, der aus offiziellen und propagandistischen Gründen – je nach Interessenlage und Opportunität – gut verwendet und, abgesehen von Randgruppen, als allgemein gültiger Anspruch galt, gut „verkauft“ werden konnte sowie innerhalb und außerhalb Deutschlands von nahezu jedermann „gekauft“ werden musste. Man konnte so gesehen gar nicht anders, als für die „Wiedervereinigung“ einzutreten, um kein schlechtes Gewissen zu haben oder gegen die Moral des Einheitsgebots der Präambel des Grundgesetzes zu verstoßen.

These 1: Ausgehend von einem historisch-idealistischen, moralischen und politischen Standpunkt half der staats- und völkerrechtlich inkorrekte Begriff „Wiedervereinigung“ die Einheit Deutschlands zu argumentieren, zu kommunizieren und zu legitimieren.

2. Das Recht auf Selbstbestimmung

Als Gorbatschow vom 12. bis 15. Juni 1989 der Bundesrepublik einen Besuch abstattete, wurde – noch vor der aktuell gewordenen deutschen Frage im Februar 1990 – das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen von sowjetischer Seite theoretisch als statthaft anerkannt und zulässig benannt sowie in einer gemeinsamen Erklärung festgehalten.³⁸ Das war immerhin ein Signal in Richtung eines politischen Gesinnungswandels der Kremlführung, dass unter den Westdeutschen jedoch nicht in der vollen Tragweite erfasst, von internationalen Beobachtern als Gefahr und von vielen Ostdeutschen als Perspektive registriert wurde. Im Januar setzte ein Umdenken im Kreml ein und im Februar 1990 erkannte Gorbatschow das Selbstbestimmungsrecht zur Einheit auch praktisch an.

These 2: Durch das Gorbatschow'sche Zugeständnis des Selbstbestimmungsrechts für die Deutschen war ein irreversibler Vorgang eingeleitet und gleichzeitig die Büchse der Pandora geöffnet worden. Für Deutschland sollte die Anwendung dieses völkerrechtlichen Grundsatzes friedlich und gewaltlos ausgehen, anders äußerte sich das Verlangen nach Selbstbestimmung seitens der Völker in Jugoslawien, wo die Emanzipation blutig und gewaltvoll verlaufen sollte.

3. Gegnerschaft, Überraschung und Unsicherheit

Ein geteiltes Deutschland bedeutete auch ein geteiltes Europa, gleichwohl Vorteile für jene vorhanden waren, die von der deutschen Teilung profitierten. Europäische Ängste vor einem neuen und durch eine Vereinigung gestärkten Deutschland bestanden auf beiden Seiten des „Eisernen Vorhangs“. Daher war das Verlangen der maßgeblichen politischen Eliten in West wie Ost stark ausgeprägt, einen solchen Vorgang zu verhindern. Unabhängig davon glaubte kaum jemand in Europa noch an die Möglichkeit einer „Wiedervereinigung“, selbst als die politischen Veränderungen mit paktierten Revolutionen zwischen politischer Opposition und kommunistischen Regime, verbunden mit ihrer Selbstabschaffung in Polen und Ungarn, stattfanden – nicht einmal deutsche Politiker, sei es in Ost oder West. Es gab demzufolge auch keine entsprechenden Abwehrmaßnahmen bzw. vorbereitende Überlegungen auf ost- bzw. westdeutscher Seite

38 Siehe hierzu auch Jurij P. Dawydow/Dmitrij W. Trenin, Die Haltung der Sowjetunion gegenüber der Deutschen Frage, in: *Europa Archiv* 45 (25.4.1990) 8, 251–263.

für die Möglichkeit einer Einigung, geschweige denn europäische Bereitschaft dazu, sondern vielmehr Gegnerschaft. Erinnert sei an Äußerungen Giulio Andreottis im Jahre 1984, in denen er eine „deutsche Wiedervereinigung“ als ausdrücklich unerwünscht erklärte und wissen ließ, dass niemand in Europa sie wolle. 1989 äußerte er sich ähnlich abweisend und negativ, was aber für die Grundhaltung und Stimmung in Italien keineswegs repräsentativ war.³⁹

Nur die Ministerpräsidenten Spaniens, Belgiens und Luxemburgs, Felipe González, Wilfried Martens und Jacques Santer hatten im Zuge der Geschehnisse des 9. November 1989 immerhin nichts gegen eine Einheit Deutschlands einzuwenden.⁴⁰ Alle Akteure waren aber mehr oder weniger überrascht über den „Mauerfall“. Sie konnten und wollten die noch nicht absehbaren Folgen dieses historischen Ereignisses zunächst kaum oder nicht kommentieren.

Der einzige namhafte staatliche Repräsentant, der das Ende der Mauer klar öffentlich erkannte und rechtzeitig voraussagte, war Vernon Walters im Sommer 1989, US-Botschafter in Bonn, früherer Sonder-Gesandter von US-Präsident Ronald Reagan und Vize-Direktor der Central Intelligence Agency (CIA).⁴¹ Beachtlich ist bei der US-amerikanischen Einschätzung auch, dass es zwischen dem Weißen Haus unter George H. W. Bush und Vertretern im State Department unter Leitung von James Baker nicht nur übereinstimmende Positionen in der deutschen Vereinigungsfrage gab.⁴²

39 Vgl. den Beitrag von Deborah Cuccia in diesem Band. Die gängig gewordene Auffassung von der negativen italienischen Perzeption der deutschen Einigung und der damit in Zusammenhang stehenden „schleichenden Entfremdung“ nach der Einheit Deutschlands zwischen beiden Staaten, so vertreten von Gian Enrico Rusconi/Thomas Schlemmer/Hans Woller (eds.), *Schleichende Entfremdung? Deutschland und Italien nach dem Fall der Mauer* (= Zeitgeschichte im Gespräch 3; München: Oldenbourg, 2008), kann laut Cuccia wenn, dann nicht einmal für den gesamten Bereich der italienischen Regierungspolitik gelten, während sie für den Bereich des intellektuellen, kulturellen und wirtschaftlichen Austausches überhaupt nicht zu halten ist. Keineswegs sieht sie Tendenzen der Verschlechterung, sondern im Gegenteil eine steigende Verbesserung. Seit den 1980er-Jahren hatte sich bereits ein weit positiveres Deutschlandbild in Italien entfaltet, in dem Ängste und Skepsis im Zeichen der deutschen Kriegsvorgangeneit immer stärker zurücktraten, was nicht ohne positiven Einfluss auf die gesamtgesellschaftliche italienische Wahrnehmung der deutsch-deutschen Entwicklung war.

40 Vgl. die Beiträge von Birgit Aschmann, Steven Van Hecke, Jan van der Harst/Anjo Harryvan und Siebo M. H. Janssen in diesem Band.

41 Vernon Walters, *Die Vereinigung war voraussehbar* (Berlin: Siedler, 1994). Aus DDR- und Stasi-Perspektive: Klaus Eichner/Ernst Langrock, *Der Drahtzieher. Vernon Walters – Ein Geheimdienstgeneral des Kalten Krieges* (Edition Zeitgeschichte 17; Berlin: Kai Homilius Verlag, 2005).

42 Vgl. den Beitrag von Christian F. Ostermann in diesem Band. Siehe zuvor auch schon Florian Gerster/Eva-Maria Masyk, *Partnerschaft im Wandel. Die sicherheitspolitischen Beziehungen zwischen den USA und Westeuropa*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 45 (1989), 3–13; Charles Weston, *Die USA und der politische Wandel in Europa*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 49 (30.11.1990), 28–36; Stefan Fröhlich, *Umbruch in Europa. Die deutsche Frage und ihre sicherheitspolitischen Herausforderungen für die Siegermächte*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 29 (13.7.1990), 35–45.

These 3: Von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen waren Europas Politiker gegen die deutsche Vereinigung. Ganz anders verhielten sich die US-Präsidenten Ronald Reagan und in den entscheidenden Jahren 1989/90 George H. W. Bush, nämlich positiv. Die politische Führung der Vereinigten Staaten reagierte nicht nur wohlwollend, sondern agierte auch als Bündnispartner jener deutschen Politiker, die die Einheit wollten. Ohne US-amerikanische Zustimmung und Unterstützung hätte die deutsche Vereinigung nicht so schnell erreicht werden können, insbesondere im Zeichen des Abwartens, der Gegnerschaft, der Überraschung und Verunsicherung seitens der Mehrheit der europäischen Politiker.

4. Zeitdruck

Wenn man den politischen Entscheidungsprozess beurteilen will, der zur deutschen Einheit führte, wird man das hohe Tempo der Entwicklungen und den daraus resultierenden enormen Zeitdruck in Rechnung stellen müssen, unter dem die politischen Akteure standen und der sich seit Herbst 1989 kontinuierlich erhöhte. Die gesteigerte Geschwindigkeit der Vorgänge erdrückte Gegnerschaft, Opposition und Widerstand gegen die deutsch-deutsche Einigung – innerhalb wie außerhalb Deutschlands. Die fortwährenden Demonstrationen und Massenproteste in der DDR bauten einen immensen Druck auf, so dass die Politik von den Ereignissen getrieben war.

These 4: Deutsche und europäische Politiker konnten kaum noch agieren, sie mussten auf die Entwicklungen reagieren. Dieser Vorgang hielt bis zur ersten freien Volkskammerwahl in der DDR am 18. März 1990 an, durch die sich der politische Druck entladen und kanalisiert werden konnte. Das „Gesetz des Handelns“ ging seit Frühling 1990 dann wieder auf die Politik über, die allerdings den deutsch-deutschen Vereinigungsprozess hinnehmen musste und noch so gut wie möglich zu beeinflussen und zu steuern versuchte.

5. Alternativen

Verschiedene Optionen zur Lösung der deutschen Frage waren in den Köpfen von Diplomaten und Politikern vorhanden – inner- und außerhalb Deutschlands. Dabei ging es um

- a) die Aufrechterhaltung des Status quo, d. h. die Beibehaltung der deutschen Zweistaatlichkeit, zunächst bzw. fortlaufend vertreten von Giulio Andreotti, Michail Gorbatschow bzw. Egon Krenz, Hans Modrow und Margaret Thatcher;
- b) die Konföderation Deutschlands oder die „Vertragsgemeinschaft“, um die deutsche Vereinigung zu verzögern und zu verhindern oder, umgekehrt, anzudenken und vorzubereiten, repräsentiert durch Modrows Vorstoß oder Kohls Zehn-Punkte-Programm;

- c) die Neutralisierung bzw. die Neutralität, um ein vereintes NATO-Deutschland zu verhindern, eingebracht von Valentin Falin, Michail S. Gorbatschow und Hans Modrow;
- d) den Beitritt der DDR zu den Europäischen Gemeinschaften (EG), um die wirtschaftliche und währungspolitische Vereinigung mit der Bundesrepublik zu verhindern, so Modrow, oder die DDR mit der Bundesrepublik zu vereinen und sie so in die EG mit zu integrieren, forciert von Kohl und EG-Kommissionspräsident Jacques Delors;
- e) ein Deutschland, welches sowohl der NATO als auch dem Warschauer Pakt angehören sollte oder gar eine Mitgliedschaft der UdSSR in der NATO, so angedacht in allzu fantasievollen und unrealistischen sowjetischen Planspielen;
- f) eine „Österreichlösung“ für die DDR, um sowjetische Sensibilitäten nicht zu verletzen und Sicherheitsinteressen zu berücksichtigen, so der „Genscher-Plan“ vom Februar 1990 oder
- g) eine spezifische Außenpolitik der freigewählten neuen DDR-Regierung mit Blick auf ein atomwaffenfreies, friedliebendes und entmilitarisiertes Deutschland wie auch für das ganze Europa, zeitweise vertreten durch DDR-Außenminister Markus Meckel.⁴³

These 5: Aufgrund der rasanten Entwicklung, des dadurch aufgebauten Zeitdrucks und der einmaligen historischen sowjetischen ökonomischen Schwäche war erhöhter Handlungsbedarf auf allen Seiten gegeben, wodurch zwangsläufig verschiedene Optionen erwogen wurden. Nach den Monaten Februar und März 1990 hatten jedoch die meisten der genannten Alternativen durch die von Bonn und Washington vorgegebenen Prioritäten (deutsche Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes laut Artikel 23 und NATO-Mitgliedschaft eines geeinten Gesamtdeutschlands) kaum mehr eine realistische Chance. Die Entscheidung lautete letztlich im Kern: Um eine zukünftige deutsch-russische Allianz zu verhindern, sollte es keine Einigung Deutschlands ohne dessen fortgesetzte Westintegration geben.

6. Die doppelte Integration

Seit den Römischen Verträgen war Ostdeutschland bereits stiller Teilhaber des „Gemeinsamen Marktes“ und profitierte durch den innerdeutschen Handel, der in einem Anhang des EWG-Vertrags geregelt war.⁴⁴ Die deutsche Wirtschafts-

43 Vgl. den Beitrag von Hermann Wentker in diesem Band. Markus Meckel wollte nicht die Sowjetunion aus Europa hinausdrängen, trat vor allem für eine Grenzsicherheit für Polen wie auch zeitweise noch für eine eigene Armee für die DDR ein und versuchte ein gesamt-europäisches Friedens- und Sicherheitssystem durch eine schrittweise Institutionalisierung der KSZE zu befördern, wurde aber mit diesem Anliegen zunehmend isoliert.

44 Michael Gehler (ed.) (unter Mitarbeit von Andreas Pudlat), *Vom gemeinsamen Markt zur europäischen Unionsbildung. 50 Jahre Römische Verträge 1957–2007/From Common Mar-*

Währungs- und Sozialunion mit 1. Juli 1990 in Kraft treten zu lassen, war eine so fundamentale wie unumkehrbare politische Vorentscheidung für Deutschlands Vereinigung, weil damit eine Entkoppelung von innerer und äußerer Einheit gegeben war und diese mit der inneren Selbstbestimmung eine Zugkraft für die äußere Einheit entfaltete, der die Vier Mächte weder widersprechen noch diese verhindern konnten.⁴⁵ Ostdeutschland brauchte Westdeutschland aus finanziellen und wirtschaftlichen Gründen. Die EG benötigte die Bundesrepublik für die Realisierung des seit 1985 bereits angekündigten Binnenmarkts mit den „vier Freiheiten“ (Personen, Dienstleistungen, Güter und Kapitalverkehr), den Jacques Delors als EG-Kommissionspräsident mit der Zielmarke für 1992 verfolgte.⁴⁶ Die sich vollziehende deutsche Einigung zwang die übrigen EG-Staaten zur Vertiefung der europäischen Integration.⁴⁷

These 6: Der kategorische Imperativ der zweifachen Integration war sowohl durch die auf innerdeutscher Ebene vollendete Tatsache der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion als auch durch das EG-Binnenmarkt-Projekt so zwingend geworden, dass Delors' Vorhaben – unvermeidlich – ohne die Bundesrepublik nicht realisierbar und deshalb auch an die Zustimmung der übrigen EG-Partner gekoppelt war. Dieser doppelte Imperativ machte in Westeuropa den Weg zur deutschen Einigung frei.

7. Bekenntnis für die deutsche Einheit als Ausdruck von Fehlwahrnehmungen und Missverständnissen: das Beispiel von François Mitterrand

Die Haltung des französischen Staatspräsidenten zur deutschen Einigung bleibt – trotz zahlreicher Belege, die für sein positives Bekenntnis sprechen mögen⁴⁸ – zumindest weiter umstritten. Des Rätsels der Sphinx definitiver Lösung kann in der Kenntnis so mancher seiner Fehlbeurteilungen der Lage liegen: Mitterrand konnte an sich grundsätzlich unbedenklich für die deutsche Einheit sein, wenn er davon ausgegangen war und ohnedies für ihn feststand, dass die Sowjetunion weder freie Wahlen in der DDR zulassen, noch dem Abzug ih-

ket to European Union Building/50 years of the Rome Treaties 1957–2007 (= Institut für Geschichte der Universität Hildesheim, Arbeitskreis Europäische Integration, Historische Forschungen, Veröffentlichungen 5; Wien/Köln/Weimar: Böhlau, 2009).

45 Siehe hierzu auch den Beitrag von Hanns Jürgen Küsters in diesem Band.

46 Stephen Wall, Making the Single Market, in: *Journal of European Integration History* 16 (2010) 1, 57–64.

47 Michael Gehler, *Europa. Ideen – Institutionen – Einigung*, (München: Olzog, 2010), 300–304. Eine weitere aktualisierte umfangreiche Neuauflage ist für Herbst 2017 vorgesehen.

48 Siehe Schaberts Beitrag im Band; dagegen: Ulrich Lappenküper, »Le plus germanophile des chefs d'Etat français«? François Mitterrand und Deutschland 1916–1996, in: *Historische Zeitschrift* 297 (2013), 390–416.

rer Truppen aus Ostdeutschland, geschweige denn einem vereinten Deutschland in der NATO zustimmen würde. Vor dem Hintergrund derartiger Annahmen konnte er offiziell wie vorgeblich problemlos für Deutschlands Einigung sein, die er angesichts der drei Annahmen im November und Dezember 1989 eher noch für sehr unwahrscheinlich gehalten haben dürfte. Mitterrands Haltung zur Frage einer zügigen Einheit war 1989 nach Ansicht des Verfassers tatsächlich lediglich bedingt konstruktiv und wenn, dann nur eingeschränkt positiv. Kohl musste ihn in diesem Jahr noch zu seiner Zustimmung bewegen und erst von der deutschen Einheit überzeugen.

These 7: Die deutsche Einheit musste wie die Einigung des Deutschen Reiches 1871 letztlich gegen die europäischen Nachbarstaaten, v. a. Frankreich, durchgesetzt werden. Die wenigen Befürworter der deutschen Vereinigung konnten diese auch leicht gutheißen, wenn sie sie ohnedies nicht für möglich hielten. Die europäischen Gegner der deutschen Einigung waren dabei aber nicht ausreichend und gut genug über die realen Verhältnisse unterrichtet, v. a. über den ökonomischen Rückstand der DDR, der nach OECD-Kriterien angeblich zehntstärksten Wirtschaftsnation der Welt, aber nicht zuletzt auch über den einzigartigen wirtschaftlichen Schwächezustand der UdSSR (1989–1991), nicht zu sprechen von ihrem eklatanten Mangel an Konsumgütern und Lebensmitteln.

8. Die lange Dauer von politischer Kultur und Mentalität oder das Opfer der deutschen Einigung: der Fall Margaret Thatcher

Wichtig für die Beurteilung der deutschen Einigung durch europäische Entscheidungsträger sind auch Dimensionen der Tradition von politischer Kultur und Mentalität, wie das Beispiel Margaret Thatcher lehrt, die ganz im Denken des viktorianischen Zeitalters der britischen Gleichgewichtspolitik für das Europa des 19. Jahrhunderts verhaftet war und sich ausgehend davon in ihrem Urteil sowohl über den deutschen Wiederaufstieg nach 1945 als auch über die deutsche „Wiedervereinigung“ 1990 leiten ließ. Die schwer gefallene Erkenntnis von der eigenen Machtlosigkeit, ja Ohnmacht angesichts der deutschen Einigung dokumentierte einmal mehr den unaufhaltsam gewordenen Niedergang und letztlich auch das definitive Ende dieses Weltreichs.⁴⁹

These 8: Thatcher war Gefangene der Geschichte des British Empire und seiner Europapolitik der „balance of power“ verhaftet. Sie wurde Opfer der sich 1990 rasch vollziehenden und unabwendbaren deutschen Einheit, als sie noch im gleichen Jahr (auch aus innen- und wirtschaftspolitischen Gründen) von ihrem Amt

49 Siehe das Kapitel „All Our Pomp of Yesterday“ The Falklands and Hong Kong, in: Piers Brennan, *The Decline and Fall of the British Empire 1781–1997* (London: Randomhouse Group, 2008), 627–656.

als Premierministerin demissionieren musste, was britische Konservative bis herauf zu Zeiten des „Brexits“ nicht vergessen haben dürften. Aber hatte Thatcher am Ende nicht doch Recht vor der Geschichte, indem sie argumentierte, dass die Einigung Deutschlands keine definitive Lösung darstelle, alte Schwierigkeiten aktualisiere sowie neue Probleme für Europa schaffe und somit inkompatibel mit Blick auf die Integration und das Mächtegleichgewicht in der EU sein würde? Will das Vereinigte Königreich möglicherweise auch deshalb der EU fern bleiben?

9. Ein vergessener Akteur hinter den Kulissen: das Beispiel von Jacques Delors

EG-Kommissionspräsident Jacques Delors hatte einen entscheidenden Part im Verhandlungsprozess der deutschen Einigung inne, indem er die Einbeziehung Ostdeutschlands in das Binnenmarkt-Projekt über die Vereinigung mit der Bundesrepublik favorisierte.⁵⁰ Er nahm dabei 1989 noch eine Vermittlerrolle zwischen Kohl und Mitterrand ein, indem er dann ab Januar 1990 die „Achse Bonn-Paris“ durch Brüssel ergänzte und ein funktionierendes Aktions- und Verhandlungsdreieck schuf. Im Rahmen der ebenfalls vermittelnden Ratspräsidentschaft der traditionell pro-deutschen Iren unter Premier Charles Haughey trug der Gipfel von Dublin am 28. April 1990 zur Entscheidung unter den EG-Mitgliedern bei.⁵¹ Als Kleinstaat konnte Irland eine viel glaubwürdigere Rolle als ehrlicher Makler im Rahmen der EG-Ratspräsidentschaft spielen als die großen „player“. Das half Delors auch, die deutsche Frage im gemeinschaftlichen Rahmen zu lösen und nach der Süd- und Norderweiterung der Gemeinschaften⁵² eine dritte, als solche gar nicht deklarierte, gleichsam „heimliche“ EG-Erweiterung um die DDR im Rahmen eines neuen vereinten Deutschland zu vollziehen. Die EG-Kommission peitschte die deutsch-deutsche Einigung auf der Ebene von Verordnungen gemäß des gemeinsamen Rechtsbestands im August und September 1990 regelrecht durch.

These 9: Der doppelte Integrationsimperativ – Einbeziehung der DDR in die Bundesrepublik und die mit ihr erfolgte gemeinsame Eingliederung in die EG –, bedingt durch die realexistierende wirtschaftliche Attraktivität der Bundesrepublik und des geplanten EG-Binnenmarkts, trugen zu einer schnellen Lösung der deutschen Frage bei. Das Agieren der EG-Kommission – unter maßgeblicher

50 Siehe den ersten Beitrag von Michael Gehler in diesem Band.

51 Siehe den Beitrag von Mervyn O'Driscoll in diesem Band. Vgl. auch Probleme der Europäischen Einigung (II). Die Sondertagung des Europäischen Rates in Dublin im April 1990, in: *Europa Archiv* 45 (10.6.1990) 11, D 267–D 283.

52 Vgl. allgemein zur Geschichte der Erweiterung und Vertiefung der Gemeinschaften: Christopher Preston, *Enlargement and Integration in the European Union* (London/New York: Routledge, 1997).

Mithilfe des hinter den Kulissen in Berlin und Brüssel verhandelnden stellvertretenden Generalsekretärs Carlo Trojan – wirkte sowohl als Katalysator wie auch als Mediator in der Aushandlung des deutsch-deutschen Integrations- und Vereinigungsprozesses. Wenn Delors kein geheimer Akteur war, so wenigstens ein stiller.

10. Verschiedene Verhandlungsprozeduren auf mehreren Ebenen

Bei der Betrachtung der deutschen-deutschen Einigung fällt die Gleichzeitigkeit divergierender Lösungsversuche und Verhandlungsmethoden der deutschen Frage auf mehreren Ebenen auf.

- Eine unilaterale Variante stellte Kohl's „Zehn-Punkte-Programm“ dar, aber auch die Pläne von Mitterrand,⁵³ EG-Außenkommissar Frans Andriessen und Frankreichs Ministerpräsident Édouard Balladur sind nennenswert, die auf eine europäische Konföderation abzielten.
- Die bilateralen Absprachen von Gorbatschow und Mitterrand sowie von Thatcher und Gorbatschow im Jahre 1989 tendierten dazu, die deutsche Einigung aufzuhalten.⁵⁴
- Einen multilateralen Rahmen bildeten die im Zuge der KSZE-Nachfolgekonferenz in Wien (1986–1989)⁵⁵ einsetzenden und integrativ wirkenden Nachverhandlungen in punkto Abrüstung, Entspannung, Truppenreduzierung etc. im Jahre 1990.
- Letztlich trugen die Begegnungen der für Berlin und Deutschland zuständigen Vier Mächte und die Verhandlungen im „Zwei-Plus-Vier-Rahmen“ entscheidend zum Durchbruch für die Regelung der äußeren Einigung Deutschlands bei.⁵⁶

These 10: Multilaterale und die „Zwei-Plus-Vier“-Verhandlungen dominierten und behielten die Oberhand gegenüber unilateralen Aktionen und bilateralen Lösungsversuchen.

53 Ernst Weisenfels, Mitterrands Europäische Konföderation, in: *Europa Archiv* 46 (10.9.1991) 17, 513–518.

54 Andrei Grachev, Political and Personal: Gorbachev, Thatcher and the End of the Cold War, in: *Journal of European Integration History* 16 (2010) 1, 45–56.

55 Wilhelm Bruns, Mehr Substanz in Ost-West-Beziehungen: Zur dritten KSZE-Folgekonferenz in Wien, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 12/89 (17. 3. 1989), 3–9.

56 Wilhelm Bruns, Die äußeren Aspekte des deutschen Einigungsprozesses, in: Andreas M. Rauch (ed.), *Europäische Friedenssicherung im Umbruch* (München: Verlag für Wehrwissenschaften, 1991), 189–198. Mustergültig dokumentiert: Heike Amos/Tim Geiger (Bearb.), *Die Einheit. Das Auswärtige Amt, das DDR-Außenministerium und der Zwei-plus-Vier-Prozess*, ed. von Horst Möller/Ilse Dorothee Pautsch/Gregor Schöllgen/Hermann Wenterker/Andreas Wirsching (Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2015); vgl. auch den vorzüglichen Beitrag von Heike Amos und Tim Geiger in diesem Band.

11. Geheimdiplomatie der fortgesetzten dreifachen Eindämmung

Neben den „Zwei-plus-Vier“- gab es parallel bzw. nachfolgend auch „Drei-plus-Eins“-Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik bzw. dem vereinten Deutschland und den drei ehemaligen Westmächten sowie NATO-Partnern bezüglich der Beibehaltung der westalliierten Vorbehaltsrechte (Truppenstationierung, Immunität für die Angehörigen der Streitkräfte, Überwachung des deutschen Post- und Fernmeldewesens etc.),⁵⁷ nicht zuletzt weil sowjetische bzw. russische Truppen in Ostdeutschland noch bis 1994 stationiert waren. Diese „Drei-plus-Eins“-Verhandlungen, begleitet von bilateralem Notenaustausch, waren klassische Geheimdiplomatie, wobei sich bei der Fortschreibung der alliierten Eingriffs- und Vorbehaltsrechte die Frage der grundgesetzlichen Konformität stellte.

These 11: Das vereinte Deutschland erlangte 1991 keine „volle Souveränität“ durch den „Zwei-plus-Vier“-Vertrag, wie es in dessen Artikel 7 festgehalten war⁵⁸ und Außenminister Hans-Dietrich Genscher erklärte.⁵⁹ Der vereinigte deutsche Staat blieb bis zu einem gewissen Grad weiter unter Kontrolle, so dass die Formel der dreifachen Eindämmung („triple containment“) des früheren NATO-Generalsekretärs Lord Hastings Lionel Ismay mehr denn je Bestätigung fand: die Russen draußen zu halten, sich selbst drinnen zu halten und die Deutschen niederzuhalten („to keep the Russians out, to keep us in and to keep the Germans down“). Wenn es einen Konsens unter den Europäern – in Ost wie West – gab,

57 Gilbert H. Gornig, Drei-Mächte-Rechte in Deutschland, in: id. (ed.) (in Zusammenarbeit mit Philipp Stompfe), *Rechtspolitische Entwicklungen im nationalen und internationalen Kontext. Festschrift für Friedrich Bohl zum 70. Geburtstag* (Berlin: Duncker & Humboldt: 2015), 393–415; Dieter Deiseroth, Verfassungsrechtliche Pflicht zur Unterbindung völkerrechtswidriger Handlungen und Vorgänge in Deutschland; id., Stationierungsrechte, demokratische Selbstbestimmung und völkerrechtliche Souveränität; id., Möglichkeiten der Überprüfung und Kündigung des Aufenthaltsvertrags vom 23.10.1954 (in Kraft seit dem 6. Mai 1955), alle in: id./Hartmut Graßl (eds.), *Whistleblower-Enthüllungen* (= Schriftenreihe Wissenschaft in Verantwortung; Berlin: Berliner Wissenschaftsverlag, 2016), 210–220, 221–224, 225–227; siehe dagegen: Hanns Jürgen Küsters, Von der beschränkten zur vollen Souveränität Deutschlands, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 17 (22.4.2005), 3–9, wobei fragwürdig bleibt, ob die Bundesrepublik jemals voll souverän war bzw. geworden ist.

58 Im Artikel 7 des Zwei-Plus-Vier-Vertrags steht: „Das vereinte Deutschland hat demgemäß volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten“, zit. n. Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland („Zwei-plus-Vier-Vertrag“) vom 12. September 1990 (<http://www.documentarchiv.de/brd/2p4.htm>, zuletzt abgerufen am 20. April 2017).

59 „Es waren die äußeren Aspekte der deutschen Vereinigung als Voraussetzung dafür, dass die vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs – die USA, die Sowjetunion, Frankreich und England – ihre Rechte aufgaben und Deutschland endlich wieder voll souverän geworden ist“, zit. n. „Es ging um die Grundlagen deutscher Politik“, Interview der *Deutschen Welle* mit Hans Dietrich Genscher, 12. September 2010 (<http://www.dw.com/de/es-ging-um-die-grundlagen-deutscher-politik/a-5976886>, zuletzt abgerufen am 20. April 2017).

dann war es der stark ausgeprägte Wunsch nach Einbindung und Kontrolle der Deutschen im Rahmen der NATO. Ein vereintes und neutralisiertes Deutschland war mit zu viel Risiken und Unkalkulierbarkeiten verbunden, wie z. B. für Polen.⁶⁰ Am Ende überzeugte auch Gorbatschow dieses sicherheitspolitische Argument. Dieser beanspruchte zwar, weiterhin eine Supermacht zu repräsentieren, hatte aber keinen ausgereiften Plan, wie er dieses Ziel erreichen konnte, geschweige denn eine durchdachte Strategie. Ein Umdenken im Kreml setzte daher ab Januar 1990 ein, dem dann im Mai und Juni 1990 deutschlandpolitische Entscheidungen für die äußere Einheit folgen sollten.

12. Die deutsche Zahlungsmacht: das Beispiel von Helmut Kohl

Es steht außer Frage, dass Kohl früh die Chance für die Einheit Deutschlands nicht nur erkannte, sondern auch ergriff, indem er Druck auf den Gang der Dinge ausübte, so dass sich dieser erhöhte, um die revolutionären Ereignisse in der DDR weiter am Kochen zu halten. Zusammen mit US-Präsident Bush spielte er eine Schlüsselrolle im Prozess der deutschen Einigung. Warum und vor allem wie konnte der Bundeskanzler so handeln? Die Bundesrepublik agierte aufgrund ihrer Exportstärke als Handels-, Investitions- und Wirtschaftsmacht sowie mit der DMark als Währungsmacht, nicht nur in Europa sondern auch weltweit. Damit war sie auch in der Lage, als Zahlungsmacht zu wirken.⁶¹ Kohl war ein entscheidender „player“, weil er als „payer“ handeln konnte. Die Deutschen waren problemlos in der Lage, die notwendigen Mittel aufzubringen für

- die fortgesetzte alliierte Truppenstationierung in Deutschland;
- die Kreditgewährung für mittel- und osteuropäische Länder wie Polen und nicht zuletzt die Sowjetunion als einer der größten Gläubiger;
- die Bereitschaft Ungarns, den DDR-Flüchtlingen die Grenze nach Österreich zu öffnen, um in die Bundesrepublik zu gelangen;
- den Abzug der russischen Truppen aus Ostdeutschland und ihre Unterbringung in Russland und nicht zuletzt
- die deutsche Einheit selbst, um mit jährlichen Solidaritätsbeiträgen den Aufbau der „neuen Länder“ in Ostdeutschland bis heute zu finanzieren. Die Gesamtkosten der deutschen Zahlungsleistungen im Zusammenhang mit der Herstellung der Einheit wurden mit über 87 Milliarden D-Mark kalkuliert, darunter zirka 30 Milliarden D-Mark Exportförderungen.⁶² Die

60 Siehe auch den Beitrag von Dominik Pick in diesem Band.

61 Diese These wurde schon 2010 vertreten: Gehler, *Deutschland*, 472–475.

62 Randall Newnham, *The Price of German Unity: The Role of Economic Aid in the German-Soviet Negotiations*, in: *German Studies Review* 22 (1999) 3, 421–446, 441; siehe hierzu auch Klaus Schroeder, *Preis der Einheit. Eine Bilanz* (München/Wien: Hanser, 2000); Klaus Schroeder, *Die veränderte Republik. Deutschland nach der Wiedervereinigung* (München: Ernst Vögel Verlag, 2006); Richard Schröder, *Die wichtigsten Irrtümer*

Gesamtkosten des „Aufbau Ost“ inklusive Sozialtransfers wurden rund 20 Jahre nach Vollzug der Einheit mit einer Summe von bis zu 2 Billionen (2.000.000.000.000) Euro, jährlich um etwa 100 Milliarden Euro steigend, geschätzt.⁶³

These 12: Die Deutschen mussten sich die eigene Einigung erst noch erkaufen. Sie hatten somit für die Einheit zu zahlen. So gesehen hatten sie sich diese im wahrsten Sinne des Wortes auch „verdient“.

13. Öffentliche Meinung gegen offizielle Regierungspolitik

Die europäischen Öffentlichkeiten waren mehr oder weniger positiv zur deutschen Einheit eingestellt, auch aufgrund der Fernsehberichte, die die überwältigenden Bilder von den jubelnden Ostdeutschen zeigten, als die Maueröffnung erfolgte. Dies geschah im Unterschied zu den politischen Eliten, die mehr oder weniger abwartend, reserviert und zurückhaltend reagierten, gleichwohl ein leichter Unterschied zwischen den Ministerpräsidenten und den Außenministern bestand.⁶⁴ Die Staats- und Regierungschefs jedenfalls reagierten kritischer und skeptischer. Der Gegensatz zwischen den handelnden politischen Eliten und der Stimmung in den Bevölkerungen Europas war auffallend, was auch darauf zurückzuführen war, dass führende meinungsbildende Zeitungen, wenn nicht euphorisch und befürwortend, so doch ausgewogen und fair berichteten, wie zum Beispiel die *Neue Zürcher Zeitung*.⁶⁵

These 13: Die tendenziell relativ positiv gestimmte öffentliche Meinung im westlichen Europa behielt die Oberhand vor der zunächst noch vorherrschenden Zurückhaltung der westeuropäischen Politiker. Im mittel- und osteuropäischen Raum herrschte eher Alarmstimmung und Zurückhaltung vor.

über die deutsche Einheit (Freiburg im Breisgau: Herder, 2007); Tilman Mayer (ed.), *20 Jahre Deutsche Einheit. Erfolge, Ambivalenzen, Probleme* (= Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung 97; Berlin: Duncker & Humblot, 2010).

63 Deutsche Einheit – 100 Milliarden Euro fließen pro Jahr in den Osten, in: *Welt Online*, 21. August 2009, (<https://www.welt.de/wirtschaft/article4363237/100-Milliarden-Euro-fliesen-pro-Jahr-in-den-Osten.html>, zuletzt abgerufen am 20. April 2017).

64 Gleichwohl der selben christdemokratischen Partei zugehörig, war der niederländische Ministerpräsident Ruud Lubbers gegen die deutsche Vereinigung, während sein Außenminister Hans van den Broek Verständnis dafür aufbrachte, siehe den Beitrag von Jan van der Harst und Anjo Harryvan in diesem Band. Noch deutlicher verhielt es sich im Falle Österreichs mit dem skeptisch-zurückhaltenden Bundeskanzler Vranitzky (SPÖ) und dem die Einigung Deutschlands geradezu begeistert-begrüßend agierenden Außenminister Mock (ÖVP), zumal hier auch noch unterschiedliche politische Lagerzugehörigkeiten gegeben waren, siehe hierzu auch den Beitrag von Maximilian Graf in diesem Band.

65 Vgl. den Beitrag von Georg Kreis in diesem Band.

14. Ausklammerung und Unterschätzung anderer Krisenherde

Als der „Eiserne Vorhang“ fiel und die Öffnung der Mauer erfolgte, konzentrierte sich die internationale Politik vornehmlich auf die Aufgabe der Regelung der deutschen Frage. Diese Fokussierung versperrte den Blick auf andere Problemzonen, wie das Baltikum⁶⁶ und Jugoslawien.⁶⁷ Dort ging es einerseits um die Emanzipation der noch existierenden Sowjetrepubliken von der UdSSR und andererseits um die Selbstbestimmung Kroatiens und Sloweniens. Die Fixierung auf die deutsche Frage führte zu einem Aufmerksamkeitsdefizit für diese Regionen Europas.

These 14: Die baltische Frage war von der Agenda der westlichen Außenpolitik ausgenommen, nicht zuletzt deshalb, weil Gorbatschows Position nicht geschwächt werden sollte – auch als dort 1991 mit Panzergewalt interveniert wurde. Der im gleichen Jahr erfolgte Ausbruch blutiger Gewalt in Jugoslawien kam dann für viele Beobachter unerwartet bzw. überraschend und wurde mit Blick auf seine weiteren Konsequenzen unterschätzt, u. a. auch weil die politischen Entscheidungsträger Europas von der Erfahrung der friedlichen und gewaltfreien revolutionären Ereignisse in Mittel- und Osteuropa 1989 geleitet waren und davon ausgingen, das Gleiche würde sich in Kroatien, Slowenien und später dann in Bosnien ab 1992 ereignen. Das Gegenteil war der Fall.⁶⁸ Als der Kalte Krieg in Zentraleuropa endete, brach am Balkan faktisch der Zweite Weltkrieg entlang der alten Frontlinien mit den jeweiligen Lagerkämpfen wieder aus.

15. Ein diplomatischer Kompromiss und eine pragmatische politische Lösung des Interessenausgleichs

Die deutsche Einigung war Ergebnis diplomatischer Kompromisse und einer pragmatischen Politik des „do-ut-des“ im Zeichen von „Realpolitik“ als Kunst des Möglichen. Sie war auch die Konsequenz vernunftgemäßen Handelns. Weniger freundschaftliche Beziehungen unter den politisch Handelnden (z. B. Genscher-Schewardnadse) als Aushandlungsprozesse verschiedenster politischer Interessen waren maßgeblich. Unabhängig von ideologisch-politischen Lagern gab es eine parteienübergreifende Kompromissuche und Lösungsfindung unter-

66 Bernhard Schalthorn, Die Unabhängigkeitsbestrebungen der baltischen Staaten, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 16 (12.4.1991), 25–33.

67 Roland Schönfeld, Das jugoslawische Dilemma, in: *Europa Archiv* 44 (10.3.1989) 15/16, 477–486; Jens Reuter, Jugoslawien im Umbruch, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 45 (2.11.1990) 3–15; id., Der Bürgerkrieg in Jugoslawien. Kriegsmüdigkeit, Kriegspsychose und Wirtschaftsverfall, in: *Europa Archiv* 46 (25.12.1991) 24, 703–709.

68 Stefan Troebst, Das andere 1989: Balkanische Antithesen, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 24–26 (3.6.2014), 16–21.

schiedlichster Akteure: Bush agierte als Republikaner, Gorbatschow als Kommunist, Kohl als Christdemokrat, Delors und Mitterrand als Sozialisten und Thatcher als Konservative. Und alle konnten etwas erreichen: Bush bekam das vereinte Deutschland fester im Westen, vor allem zur Gänze in der NATO integriert – verbunden mit der Perspektive ihrer Erweiterung nach dem Osten Europas, was 1989/90 allerdings noch nicht auf der politischen Agenda stand. Gorbatschow erhielt weitere Finanzhilfen aus dem Westen, vor allem von Deutschland, um das politische Überleben der UdSSR zu sichern,⁶⁹ aber auch ein zunächst von NATO-Stützpunkten freies Ostdeutschland, also eine Art „Österreichlösung“ für die neuen deutschen Bundesländer – an eine NATO-„Osterweiterung“ war aus sowjetischer Sicht gerade auch vor diesem Hintergrund gar nicht zu denken, geschweige denn daran, einen solchen Vorgang zu akzeptieren.⁷⁰ Kohl bekam die deutsche Einheit, Mitterrand den Euro (für die Aufgabe der D-Mark, die er einmal quasi mit einer deutschen Atombombe⁷¹ gleichgesetzt hatte), Thatcher den von ihr favorisierten Binnenmarkt sowie ein von der NATO kontrolliertes Deutschland. Delors und die EG-Partner erreichten ein stärker eingebundenes und damit auch besser kontrolliertes Deutschland, indem die Europäischen Gemeinschaften in eine zukünftige Europäische Union umgewandelt werden konnten.

These 15 und Schlussfolgerung: Deutschlands Vereinigung ist ein Musterbeispiel für eine diplomatisch-politische Meisterleistung der Kompromissfindung,⁷² in dem eine unumkehrbare Entwicklung einen unvermeidbaren politischen Entscheidungsprozess erzwungen hatte. Der Vertrag von Maastricht (1991, in Kraft

69 Wolfgang Mueller, *The USSR and the Reunification of Germany 1989–90*, in: id./Gehler/Suppan (eds.), *The Revolutions of 1989*, 321–353, für eine ausgewogene und ausgezeichnete Multifaktorenanalyse der sowjetischen Deutschlandpolitik siehe auch id., „Die Lage gleitet uns aus den Händen“: Motive und Faktoren in Gorbatschows Entscheidungsprozess zur Wiedervereinigung Deutschlands, in: *Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat* 39 (2016), 3–28.

70 Michael Gehler, *Revolutionäre Ereignisse und geoökonomisch-strategische Ergebnisse: Die EU- und NATO-„Osterweiterungen“ 1989–2015 im Vergleich* (= Discussion Paper C 239; Bonn: Zentrum für Europäische Integrationsforschung, 2017).

71 „Die Deutschen sind ein großes Volk, das gewisser Attribute der Souveränität entbehrt und einen verminderten diplomatischen Status genießt. Deutschland gleicht diese Schwäche durch seine ökonomische Stärke aus. Die Deutsche Mark ist gewissermaßen ihre Atomstreitkraft“, soll Mitterrand im französischen Ministerrat am 17. August 1988 gesagt haben, zit. n. David Marsh, *Der Euro – Die geheime Geschichte der neuen Weltwährung* (Hamburg: Murmann, 2009), 173–175, siehe auch das Kapitel „Die D-Mark als deutsche Atombombe“, in: Bruno Bandulet, *Die letzten Jahre des Euro. Ein Bericht über das Geld, das die Deutschen nicht wollten* (Rottenburg: Kopp, 2011) 51–52, hier 52.

72 Siehe hierzu weiterhin grundlegend: Philip Zelikow/Condoleezza Rice, *Germany Unified and Europe Transformed: A Study in Statecraft* (Cambridge/Mass.: Harvard University Press, 1997).

1993)⁷³ war die europäische Antwort auf die deutsche Einigung von 1990. Umgekehrt formuliert: Die deutsche Einigung diente als Katalysator für die Vertiefung der (west-)europäischen Einigung.

IX. Ausgehend von bisherigen Leistungen: weitere Aufgaben für zukünftige Forschungen

Der europäische Kontinent weist historisch, politisch, kulturell und organisatorisch verschiedene Ausprägungen und Varianten auf. Diese verschiedenen „Europas“ in ihrem Verhältnis zur deutschen Einigung bleiben für weitere Fragestellungen relevant. So sind noch zehn Aufgaben- und Forschungsfelder auszumachen:

1. *Das Staaten-Europa des Nordens, Westens, Ostens und Südens.* Die Rolle der Staaten erscheint nach wie vor als ein vordringliches und weiter zu verfolgendes Forschungsfeld. Die Neutralen (Österreich, Irland, Finnland, Schweden und die Schweiz), die weiteren nordischen Staaten Dänemark und Norwegen⁷⁴ sowie die Benelux-Länder⁷⁵ sind in ihrer Haltung zur deutschen Einheit in diesem Band schon vertreten. Ihre Rolle als Fürsprecher und Vermittler (abgesehen einmal von Felipe González stellvertretend für Spanien auch Wilfried Martens für Belgien und Jacques Santer für Luxemburg) ist noch ein weiterzuführendes und zu vertiefendes Forschungsthema.

Zwischen den einzelnen regionalen Staatengruppen gab es durchaus Abweichungen und Unterschiede, die mit Grundsatzfragen der europäischen Einigung eng zusammenhängen. Die Benelux-Länder wiesen insofern Gemeinsamkeiten auf, als sie in Bezug auf die europäische Integration einen föderalistisch pro-europäischen Kurs vertraten und mit Blick auf ihre Haltung zur deutschen Einigung auch im Bewusstsein der gemeinsam erlittenen Erfahrung der deutschen Besatzung handelten. Für ersteres war die deutsche Unterstützung notwendig. Aufgrund der historischen Erfahrung waren dabei zwar Zweifel vorhanden, es galt aber letztlich doch eine inzwischen schon europäisierte Bundesrepublik auf Kurs zu halten und deren Vereinigung mit der DDR letztlich hinzunehmen, in

73 Hans Arnold, Die Europäische Gemeinschaft zwischen Vertiefung und Erweiterung, in: *Europa Archiv* 46 (25.5.1991) 10, 318–326; Otto Schmuck, Der Maastrichter Vertrag zur Europäischen Union, in: *Europa Archiv* 47 (25.2.1992) 4, 97–106; Wilfried Loth, Negotiating the Maastricht Treaty, in: *Journal of European Integration History* 19 (2012) 1, 67–83; Georges Saunier, La négociation de Maastricht vue de Paris, in: *Journal of European Integration History* 19 (2012) 1, 45–66.

74 Siehe die Beiträge zu den skandinavischen Staaten von Aryo Makko, Juhana Auneslouma/Marjo Uutela, Thorsten Borring Olesen/Niels Wium Olesen und Hans Otto Frøland in diesem Band.

75 Siehe die Beiträge von Steven Van Hecke, Jan van der Harst/Anjo Harryvan und Siebo M. H. Janssen in diesem Band.

der Erwartung, dass sich das vereinte Deutschland dann auch noch mehr für das gemeinschaftliche Europa einsetzen würde.

Während also die Benelux-Staaten für eine Vertiefung der Integration eintraten, zögerten die skandinavischen Staaten damit und präferierten eher die Erweiterung. Das hatte Folgen mit Blick auf deren Politik der Anlehnung an das traditionell erweiterungsfreundliche Vereinigte Königreich und letztlich auch hinsichtlich dessen kühler und reservierter Haltung in der Frage der deutschen Einigung. Dänemark sah so die NATO primär als eine Schutzgarantie gegen drohende machtpolitische Folgen durch ein geeintes Deutschland. Die EG erschien hingegen nicht so bedeutsam, während die KSZE zwar als „schön“, aber schwach angesehen wurde.⁷⁶

Einer regionalen Staatengruppe anzugehören musste auch nicht automatisch bedeuten, in dieser eine gleiche politische Haltung einzunehmen. Während die spanische politische Führung die deutsche Einigung positiv aufnahm, reagierte die portugiesische teils abwartend, teils reserviert. Das NATO- und EFTA-Gründungsmitglied Portugal war stärker atlantisch als EG-europäisch orientiert und wünschte sich eine Stärkung der genannten Priorität. Bei Spanien verhielt es sich fast umgekehrt: Es galt, die jahrzehntelange Entfernung vom gemeinschaftlichen Europa und die dadurch auch bedingte internationale Isolation des spät- und postfrankistischen Landes durch eine pro-europäische Positionierung wettzumachen, wofür auch die deutsche Unterstützung willkommen war.⁷⁷

Die kritische Haltung Polens gegenüber der deutschen Frage, v. a. wegen der noch lange von Helmut Kohl u. a. aus wahltaktischen Überlegungen offengehaltenen Oder-Neiße-Grenzfrage – Polens Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki konnte seinen Argwohn und sein Misstrauen gegenüber dem deutschen Bundeskanzler nicht gänzlich unterdrücken oder gar später noch verwinden –, die in der Grenzöffnungsfrage und sonst auch förderliche Position Ungarns sowie die abwartend-zögerlich-skeptische Haltung der kommunistischen Führung der Tschechoslowakei sind eingehend dargestellt worden – auch hier spielten, wie im Falle Polens, Hypotheken aus der Kriegs- und NS-Zeit eine Rolle.⁷⁸ Die noch bestehende postkommunistische und reformierte ČSSR befürchtete durch die deutsch-deutsche Wirtschafts- und Währungsunion im Jahre 1990 negative Folgen für den eigenen Handel. Trotz der erwähnten Belastungen durch die Kriegs- und NS-Vergangenheit (Sudetenfrage, Beneš-Dekrete, Flucht und Vertreibung sowie Restitutionsfragen) sah die weiter existierende Charta 77-Bewegung mit ihrem Spitzenrepräsentanten Václav Havel die Vereinigung Deutschlands als Voraussetzung für Europas Einigung.

76 Siehe nochmals den Beitrag von Thorsten Borring Olesen/Niels Wium Olesen in diesem Band.

77 Siehe die Beiträge von David Schriffl und Birgit Aschmann in diesem Band.

78 Siehe die Beiträge von Dominik Pick, Andreas Schmidt-Schweizer, Miroslav Kunštát in diesem Band.

Griechenland verfolgte die deutsch-deutsche Entwicklung aus geopolitischer Perspektive, aber auch vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit NS-Deutschland im Zweiten Weltkrieg, mit Interesse. Die geostrategischen Befürchtungen waren mit Blick auf den Balkan gegeben und zwar verbunden mit der Ablehnung eines größeren Albaniens, eines neuen unabhängigen mazedonischen Staates (FYROM) und des befürchteten wachsenden türkischen Einflusses in dieser Region. Diese Besorgnisse führten zur Vermeidung dieser Tendenzen und zu einer spektakulären Verbesserung der griechischen Beziehungen zu Deutschland als einem neuen Stabilitätsfaktor, seit die Konservativen im April 1990 an die Macht gekommen waren, während Bonn alles unternahm, im Zwei-Plus-Vier-Prozess drohende Folgen, d. h. neue Forderungen hinsichtlich des Londoner Schuldenabkommens von 1953, abzuwehren.⁷⁹

Jugoslawien war hingegen weit mehr mit seinen eigenen inneren Problemen ausgehend von Nationalitätenhader und Zerfallsanzeichen beschäftigt.⁸⁰

Die Türkei konnte am 9. November 1989 zunächst weder größere Vor- noch gravierende Nachteile für sich und ihre internationale Position erkennen, gleichwohl sich mit der schwächelnden Sowjetunion neue Fragen hinsichtlich der eigenen geostrategischen Bedeutung ergaben, aber sich auch neue Möglichkeiten in der Kaukasusregion eröffnen konnten. Ankara hegte sodann Befürchtungen, durch den zu Ende gehenden Kalten Krieg in Europa 1990 einen Verlust an geostrategischer Relevanz zu erleiden, die sich jedoch durch den Irak-Kuwait-Konflikt 1990 und den Zweiten Golfkrieg 1991 wieder legten und neue Hoffnungen aufkommen ließen, für den Westen weiter wichtig zu bleiben. Eine mögliche deutsche Unterstützung der Unabhängigkeitsinteressen politisch aktiver Kurden in der Türkei wurde hingegen als eine Belastung des Verhältnisses zum neuen Deutschland interpretiert.⁸¹

Die Reaktionen der sich von der Sowjetunion distanzierenden und emanzipierenden baltischen Sowjetrepubliken sowie die sozialistischen Volksrepubliken Bulgarien⁸² (wo sich der schleichende Abgang der kraft- und saftlosen Diktatur unter Todor Schiwkow bereits vor dem 9. November 1989 deutlich abzeichnete) und Rumänien⁸³ (wo im Dezember die blutige Palastrevolution gegen Nicolae Ceaușescu erfolgte und sich auch im Zuge der von Ion Iliescu konfiszierten Revolution alle Augen auf die Folgen der inneren Umsturzentwicklung richteten) wären in ihren Reaktionen auf die Lösung der deutschen Frage 1989/90 noch zu erforschen und vergleichend gegenüberzustellen, gleichwohl beide Staaten überwiegend mit sich selbst beschäftigt waren und offizielle Stellen die so-

79 Siehe den Beitrag von Andreas Stergiou in diesem Band.

80 Siehe den Beitrag von Arnold Suppan in diesem Band.

81 Siehe den Beitrag von Hüseyin Çiçek in diesem Band.

82 Ulf Brunnbauer, *The End of Communist Rule in Bulgaria: The Crisis of Legitimacy and Political Change*, in: Mueller/Gehler/Suppan (eds.), *The Revolutions of 1989*, 177–197.

83 Anneli Ute Gabanyi, *Rumäniens unvollendete Revolution*, in: *Europa Archiv* 45 (25.6.1990) 12, 371–380.

wjetischen Positionen vertreten haben mögen, aber das wiederum musste nicht für andere Ebenen der Wahrnehmung zutreffend gewesen sein.

2. *Das organisierte Institutionen-Europa.* Dazu zählt einmal das engere integrierte Europa mit den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel, dem Europäischen Parlament in Straßburg und Brüssel, der Europäischen Investitionsbank in Luxemburg und der Europäischen Entwicklungsbank in London. Das weitere Europa mit dem Europarat in Straßburg, der EFTA und der Economic Commission for Europe (ECE) in Genf sowie der KSZE-Nachfolgeprozess sind ebenfalls als weitere Forschungsfelder für die Thematik zu berücksichtigen.

3. *Das Europa der Akteure auf der mittleren und unteren Ebene.* Hierzu zählen nicht nur die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaften: neben den bereits relativ bis sehr gut erforschten Zentralakteuren Kohl und Mitterrand, stehen noch genauere Analysen zu Giulio Andreotti und seinen Vorbehalten bezüglich des „Pangermanismus“ aus, ebenso präzisere Untersuchungen zu Felipe González, Jacques Santer, Ruud Lubbers oder Wilfried Martens. Ihre Außenminister sind ebenfalls nicht zu vernachlässigen. Gleichwohl schon teilweise Memoiren vorliegen, sind zahlreiche, kontroverse und v.a. anhand der Akten gearbeitete wissenschaftliche Biographien noch Mangelware, beispielsweise zu Hans van den Broek, Hans-Dietrich Genscher, Alois Mock, Gianni De Michelis, Roland Dumas, Douglas Hurd oder Mark Eyskens. Auch auf der Beraterebene erscheinen Studien sinnvoll. Exemplarisch genannt seien: Jacques Attali, Joachim Bitterlich oder Horst Teltschik. Autobiographie-, Memoiren- und Tagebuchanalysen bieten sich an, wie die ausführliche und eingehende Studie von Marcus Gonschor über die deutschen Bundeskanzler und US-amerikanischen Präsidenten von Adenauer und Truman bis Bush I und Kohl eindrucksvoll gezeigt hat.⁸⁴ Nicht zuletzt sind auch weiterführende Analysen zu Akteuren wie EG-Kommissionspräsident Jacques Delors bzw. den Kommissaren für Äußeres Frans Andriessen oder für den Binnenmarkt Martin Bangemann wünschenswert.

4. *Das Öffentlichkeits- und Medien-Europa* schließt nicht nur Printmedien ein, welche von Ines Lehmann⁸⁵ bereits breitflächig dokumentiert worden sind, son-

84 Marcus Gonschor, *Politik der Feder. Die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik Deutschland 1945/49 bis 1990 im Spiegel der Erinnerungen von US-Präsidenten und Bundeskanzlern* (= Historische Europastudien 19; Hildesheim/Zürich/New York: Olms, 2017), 603–734.

85 Ines Lehmann, *Die deutsche Vereinigung von außen gelesen. Angst, Bedenken und Erwartungen in der ausländischen Presse*, 4 Bände, Band 1: *Die Presse der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs*, Band 2: *Die Presse Dänemarks, der Niederlande, Belgiens, Luxemburgs, Österreichs, der Schweiz, Italiens, Portugals und Spaniens und jüdische Reaktionen*, Band 3: *Die Politik, die Medien und die Öffentliche Meinung der Sowjetunion*, Band 4: *Polen und die Tschechoslowakei* (Frankfurt/Main et al.: Peter Lang, 1996,

dern auch die Demoskopie, daneben TV-Quellen wie aktuelle Fernsehberichte, aber auch zeitgeschichtliche Dokumentationen, die noch nicht eingehend und systematisch durch die Forschung analysiert worden sind.⁸⁶ Auf der europäischen Ebene müssten die Archive von Fernseh- und Radioanstalten durchforstet werden, um die jeweiligen nationalen Wahrnehmungen zu dokumentieren.

Grundsätzlich lässt sich zur Printmedienlandschaft festhalten: In einigen mittel- und osteuropäischen Ländern reagierten Teile der Medien auch aufgrund ihrer kommunistisch-sozialistischen Ausrichtung alarmiert bis hysterisch auf die Einheit – nicht zuletzt aufgrund der deutschen Kriegs- und NS-Vergangenheit, u. a. in Polen. Aber auch links-liberale Blätter im westlichen Europa waren noch voller Ängste und Bedenken. So gilt es auch hier, das westeuropäische Medienecho noch differenzierter zu betrachten und verschiedene Phasen herauszuarbeiten, wobei die veröffentlichte Meinung nicht immer die öffentliche Meinung abbildete. In Österreich war die Bevölkerung zum Beispiel positiver eingestellt als sogenannte Qualitäts-Printmedien.

5. *Das Netzwerke-Europa*⁸⁷ betrifft organisierte, formelle wie informelle Berufsgruppen und Lobbys. Die Agrarier, Gewerkschafter, Parlamentsfraktionen, der Runde Tisch der europäischen Industriellen, die nationalen Noten- und Zentralbankchefs, die Bilderberg-Gruppe oder jüdische Organisationen wie der World Jewish Congress (WJC), der sich ursprünglich und zunächst auch noch 1989/90 gegen die deutsche Einheit stellte, die allesamt auch Reaktionen nach sich zogen bzw. sogar Einfluss auf die deutsch-deutsche Entwicklung zu nehmen versuchten, sind weitere Ansatzpunkte für zukünftige Forschungen.

6. *Das Parteien-Europa und seine Vertreter* in all seinen Facetten und Farben steht ebenfalls noch weitgehend für die Erforschung seines Verhältnisses zur deutschen Frage, zur deutsch-deutschen Entwicklung und zur deutschen Einheit offen: Allein das christdemokratische und konservative Lager bietet drei Organisationsformen, die Europäische Union Christlicher Demokraten (EUCD), die Europäische Volkspartei (EVP) und die International Democrat Union (IDU),

1997, 2001, 2004); Geneviève Duchenne, „L'éblouissement des incertitudes“. Présentations belges de la reunification allemande à travers De Standaard et Le Soir, automne 1989–automne 1990, in: *Journal of European Integration History* 18 (2012) 2, 269–284.

86 Im Archiv des Hildesheimer Instituts für Geschichte sind rund 100 Stunden TV-Aufzeichnungen auf Video 2000- und VHS-Cassetten von den Umbruchmonaten November/Dezember 1989 und Januar 1990, die noch einer Auswertung harren.

87 Siehe das Einführungskapitel von Wolfram Kaiser/Michael Gehler/Brigitte Leucht, *Networks in Informal European Governance. Diachronic Perspectives on the European Union as a Multi-Level Policy*, in: Michael Gehler/Wolfram Kaiser/Brigitte Leucht (eds.), *Netzwerke im europäischen Mehrebenensystem. Von 1945 bis zur Gegenwart/Networks in European Multi-Level Governance. From 1945 to the Present* (= Institut für Geschichte der Universität Hildesheim, Arbeitskreis Europäische Integration, Historische Forschungen, Veröffentlichungen 6; Wien/Köln/Weimar: Böhlau, 2009), 9–26.

gleichwohl schon die European Democrat Union (EDU) und die Sozialistische Internationale (SI)⁸⁸ in diesem Band dokumentiert sind. Helmut Kohl war die zentrale Figur im Rahmen der maßgeblichen Spitzenrepräsentanten der Europäischen Volkspartei (EVP). Im Unterschied zu ihr, die zunächst und zu allererst eine Fraktion im Europäischen Parlament war, spielte die EDU besonders mit Blick auf ihre Mittel- und Osteuropa-Politik eine weit wichtigere Rolle, da sie die Chancen des Jahres 1989 früher antizipierte, verstand und aufzugreifen versuchte als die SI, die der globalen Perspektive eindeutig den Vorrang vor der europäischen Orientierung („Über Europa hinaus“) einräumte. Die EDU mit Sitz in Wien spielte so gesehen eine bisher nur wenig beachtete Rolle bei der Öffnung des Ostens,⁸⁹ was es weiter zu ergründen gilt. Die Rolle der Liberalen Internationale steht noch für die Forschung aus, wie auch die verschiedenen deutschen Parteistiftungen und ihre Rolle im deutschen Einigungsprozess, z. B. die Konrad-Adenauer-, die Friedrich-Ebert- oder die Friedrich-Naumann-Stiftung.

7. *Das Sicherheitseuropa* betrifft die Militär- und Verteidigungssysteme wie die NATO und die Warschauer Vertragsorganisation. Während für den Warschauer Pakt schon eine Dokumentation von Vojtech Mastny und Malcolm Byrne – nicht aber zur deutschen Einheit – vorliegt,⁹⁰ fehlt eine Edition zur Rolle der NATO im Kontext der deutschen Frage, der deutsch-deutschen Entwicklung 1989/90, der deutschen Einheit und der Zwei-Plus-Vier-Verhandlungen sowie zu Fragen wie: Welche Art von Nebenabsprachen und Geheimabkommen gab es betreffend alliierte Vorbehalts- und Souveränitätsrechte des geeinten Deutschlands? Daneben gilt die Aufmerksamkeit auch den nichtpaktgebundenen und neutralen Staaten, der „N+N-Staatengruppe“ und ihrem Verhalten zur veränderten Großwetterlage in der Mitte Europas.

8. *Das Wirtschafts- und Währungseuropa* berührt nicht nur die Frage des innerdeutschen Handels mit der DDR als Mitglied des Gemeinsamen Markts, des EG-Binnenmarkt-Projekts und des Europäischen Währungssystems mit Blick auf die deutsch-deutsche Währungsunion, sondern auch die Rolle der deutschen, europäischen, internationalen Banken, Investoren, Firmen, Versicherungen und Unternehmer, wobei es sich hier noch um ein weitgehend unerforschtes Feld handelt.

9. *Das Kirchen-Europa* ist ein mit Blick auf die deutsche Frage, die deutsch-deutsche Entwicklung und die deutsche Einheit noch unbeackertes Forschungsfeld, sieht man einmal von der evangelisch-lutherischen Kirche in der DDR ab, die den friedlichen Demonstranten und politischen Oppositionellen Obdach und

88 Siehe den Beitrag von Giovanni Bernardini in diesem Band.

89 Siehe den Beitrag von Michael Gehler/Hannes Schöner in diesem Band.

90 Vojtech Mastny/Malcolm Byrne, *A Cardboard Castle? An Inside History of the Warsaw Pact, 1955–1991* (Budapest/New York: Central European University Press, 2005).

Zuflucht bot, wie es der Pastor Christian Führer in der Leipziger Nikolaikirche praktizierte. Die Rolle des Vatikans in der deutschen Vereinigungsfrage, insbesondere des polnischen Papstes Karol Wojtyła, ist ein eigenes Thema. Übrigens wirkten beide christlichen Kirchen 1989/90 auf eigentümliche Weise zusammen: die protestantische – im wahrsten Wortsinne – in der DDR, die katholische auf der mittelosteuropäischen Ebene, besonders in Polen.

Ihr quasi ökumenischer Beitrag für den Niedergang des Sozialismus und die Öffnung des „Eisernen Vorhangs“ ist weder zu unter- noch zu überschätzen, wie letzteres mit Blick auf die Rolle von Papst Johannes Paul II. zuweilen geschehen ist, jedenfalls noch nicht gründlich und systematisch erforscht.⁹¹

10. *Das Außer-Europa* betrifft nicht nur die Weltmächte China und die USA (wo die inneramerikanische Diskussion noch ein Forschungsfeld darstellt), sondern auch die lateinamerikanischen Staaten, z. B. mit der jüdischen Exilbevölkerung und ihren Restitutions- und Rückstellungsansprüchen auf entzogenes Eigentum auf ehemaligem DDR-Territorium nun mit Blick auf das geeinte Deutschland, welches restitutionsbereit war. Daneben ist auch das außereuropäische Institutionen-Geflecht von Relevanz: das General Agreement on Tariffs and Trade, der Internationale Währungsfonds und die Vereinten Nationen. Welche Rolle spielten sie in Bezug auf die deutsche Einigung?

Es bleibt also noch genug zu tun. Dieser Band ist nur ein Anfang.

XII. English Summary

Using a multi-dimensional approach, this volume will contribute to a better understanding of the political decision-making process concerning Germany's unification. We can identify 15 dimensions.

1. *Terminology*: The term “reunification” was used by the German media, in policy statements, and by the public. It was a useful notion for political and ideological reasons but historically incorrect because the GDR and the FRG had never been united before. “Reunification” was an official term as well as propaganda that had to be accepted by everyone inside and outside of Germany.

Thesis 1: From an idealistic, moral, and political point of view, the notion of “reunification” helped to argue, communicate, legitimize, and achieve Germany's unity.

91 Siehe hierzu als ein erster Vorstoß: Michael Gehler/Piotr Kosicki/Helmut Wohnout (eds.), *Christian Democracy and the Opening of the East 1989* (= Civitas-Series; Leuven: Catholic University of Leuven Press, forthcoming 2018).

2. The Wilsonian Dimension and the Right of Self-Determination: When Gorbachev visited Bonn in June 1989, he agreed with the FRG's government to grant the right of self-determination to the German people. This was a clear political sign of change from the Kremlin, which was not fully realized by most West Germans but was understood by many East Germans, especially those who took holidays in Hungary.

Thesis 2: The Pandora's Box was opened by Gorbachev with the concession of self-determination for the German people. It helped to pave the way for a peaceful and non-violent development in Germany. The contrary was true for Yugoslavia, where the claim for the right of self-determination ended bloodily and violently.

3. Opposition, Unawareness, and Uncertainty: A divided Germany meant not only a divided Europe but also advantages for those who had profited from Germany's division. European fears about a new strong united Germany existed on both sides of the "Iron Curtain." Therefore, the wish for preventing German unification was strong. Hardly anyone in Europe believed in German unification even after the revolutions in Poland and Hungary had taken place, neither German policy-makers—be it in the East or the West—nor politicians in Europe. There also existed no West German preparedness for the day of German unification, not to mention a lack of European readiness. We remember Giulio Andreotti's statement in 1984 where he made it explicitly clear that he did not desire Germany's "reunification" when he argued that no one in Europe wanted it. Only Felipe González from Spain, Wilfried Martens from Belgium, and Jacques Santer from Luxembourg had nothing against German unification. The only one who clearly predicted the end of the Wall in the summer 1989 was Vernon Walters, who was the US Ambassador to Bonn, Former Special Envoy of Ronald Reagan, and Deputy Director of the Central Intelligence Agency (CIA).

Thesis 3: Minus a few exceptions, European politicians were against German unification, but the US-presidents (Ronald Reagan and George H. W. Bush) were not. They were in favour of it and coalition partners of those few German politicians who also wanted unification. Without US consent and American support, German unification could have not been achieved so quickly, especially in times of opposition, unawareness, and uncertainty.

4. Time Pressure: When looking to the political decision-making process, one needs to keep in mind the time pressure which had intensified since the autumn of 1989. Speed killed criticism, opposition, and resistance against German unification. Popular demonstrations and mass protests put pressure on politicians so that they could only react.

Thesis 4: German and European Politicians had more to react to than to act on. The hold on—the then—so-called "Gesetz des Handelns" (Principle of Taking

Action) until March 1990 afterwards spread to policy in the spring of 1990, and policy-makers had to accept the ongoing German-German unification process but tried to influence it as best as they could.

5. *Alternative Solutions*: Different options were in the minds of diplomats and policy-makers inside and outside of Germany:

- a) The preservation of the *status quo* meaning the maintenance of two different German states (Gorbachev, Krenz, Modrow, Thatcher);
- b) The Confederation and “Treaty Community” in order to prepare, postpone or avoid unification (Kohl’s Ten Points and the Modrow-Plan);
- c) The GDR entry into the European Communities (EC) in order to avoid the German Economic and Monetary Union (Modrow) or see the GDR united with the FRG via the EC (Kohl, Delors);
- d) Germany belonging to both NATO and the Warsaw Pact or the USSR’s membership in NATO? (Soviet fantasy and unrealistic internal planning);
- e) The “Austrian Solution” for East Germany in order to recognize Soviet security interests (Genscher Plan);
- f) Neutralization or neutrality in order to avoid a united NATO-Germany (Falin, Gorbachev, Modrow);
- g) The specific Foreign Policy pursued by the free and newly elected GDR-government tending to an atomic-weapons-free, peace-loving, and demilitarized, unified Germany and Europe, represented by Markus Meckel.

Thesis 5: Due to time pressure and Soviet weakness after the spring of 1990 the mentioned political alternatives had no real political chance. Bonn and Washington kept their priorities in order to achieve a united Germany fully integrated into NATO. The decision-making was clear: In order to prevent a future German-Russian alliance, German unification would only be permitted under the condition of Germany’s continued Western integration.

6. *Double Integration*: Since the signing of the Rome Treaties, East Germany had been part of the “Common Market” and profited from it. Inner-German trade was regulated via an annex to the EEC-Treaty. The decision to implement the German Economic, Currency and Social Union starting with 1 July 1990 was a fundamental and an irreversible pre-decision for German unification, which the Four Powers could not oppose or even to prevent anymore. East Germany needed West Germany for financial and economic reasons. The EC needed Germany for the Single-Market Project pursued by Jacques Delors.

Thesis 6: The double integration imperative of the “Inner-German *fait accompli*” and the European “Single-Market Project” paved the way for German unification.

7. *Misperceptions and Miscalculations: the example of François Mitterrand*: The French president was right in supposing that Gorbachev did not want German

unification in 1989, but Mitterrand made three mistakes when he thought that Gorbachev would not

- allow free elections in East Germany;
- be ready to agree to Soviet troop withdrawals from East Germany in the long term;
- accept a unified Germany in NATO.

According to the author, Mitterrand's position vis-à-vis a quick German solution—in the sense of unification in 1989—was first only constructive in a very limited way and more reserved than positive. Kohl had to convince him.

Thesis 7: German unity had to be achieved against the will of its neighbours, especially France, comparatively like the German Reich in 1871. European opposition against German unification like Mitterrand's was not well informed about the unique economic weaknesses of the USSR in 1989/90 not to mention the weak economic performance of the GDR, according to OECD standards, the so-called "tenth strongest world economy." His perceptions were wrong.

8. The Tradition of Political Mentality and Culture—Falling Victim to German "Re-Unification": The Example of Margaret Thatcher: Thatcher, as all we know, was not in favour of German unification. This was not only the case because of her war experiences (going to school with a Jewish refugee girl, who had escaped from Vienna in 1938 and living in an English town that was bombed by the Germans during World War II). We have to go back further. Thatcher's political thinking was based on the thoughts and terminology of the grand old Victorian Age in the nineteenth century. Believing in "balance of power" politics in Europe, she thought London could rule European affairs, but the time of the Empire was over. Thatcher could not understand the changes and felt betrayed by Mitterrand when he agreed to German unification.

Thesis 8: Thatcher was a prisoner of the British Empire's past and felt herself to be a victim of German unity, which British conservatives would not forget until the "Brexit." But was she not correct when she argued that German unity was not a definitive solution and would cause old difficulties to arise and create new problems for an integrated Europe?

9. Hidden Actor and Forgotten Player: The Example of Jacques Delors: As President of the EC Commission, Jacques Delors played a crucial role, supporting East Germany's inclusion in his Single-Market Project "EC '92" via the FRG. He also mediated between Kohl and Mitterrand in 1989 and let the triangle Paris-Brussels-Bonn begin working starting in 1990. Together with the Irish EC-Presidency in the first half of 1990 and the Dublin summit in April of 1990 Delors helped to clarify the German Question and to achieve the "secret" enlargement of the EC by incorporating the GDR into the FRG and building

up a new Germany. The EC-Commission had to push the German-German Unification via acts and regulations according to the *acquis communautaire* in August and September 1990.

Thesis 9: Economic attractiveness by the FRG and market integration (“EC ’92”) helped to achieve a quick solution, while the EC-Commission served as a hidden actor, catalyst, and mediator. If Delors did not act as a secret player, then he was a silent one.

10. Different Multilevel Negotiating Procedures: Various approaches towards dealing with the German issue and negotiating procedures can be observed:

- Attempts on a unilateral level (Kohl’s Ten-Point Plan, the Mitterrand-Plan, the Andriessen-Plan, the Balladur-Plan);
- Deals on a bilateral level (Gorbachev-Mitterrand, Thatcher-Gorbachev);
- Negotiations on a multilateral level within the CSCE review meeting in Vienna 1986–1989 and further follow ups;
- Four-Power talks and negotiations with the two Germanies (“Two-plus-Four”).

Thesis 10: Multilateral negotiations and “Two-plus-Four”-solutions dominated unilateral and bilateral approaches and in the end won out.

11. Secret Diplomacy’s Role in Achieving Continued Triple Containment: There were not only “Two-plus-Four” but also “Three-plus-One” negotiations, including bilateral exchanges of notes with Germany’s NATO partners concerning the maintenance of Allied rights (“Vorbehaltsrechte”) for control, intelligence, immunity, and observation of communications. These “Three-plus-One”-negotiations represented a type of classical secret diplomacy, which raised the question of compatibility with the Basic Law (“Grundgesetz”).

Thesis 11: Unified Germany did not receive “full sovereignty” as the Two-plus-Four-Treaty stated and as Hans-Dietrich Genscher later on argued. United Germany was still to a certain degree under the control and former NATO-General Secretary Lord Hastings Lionel Ismay’s adage “to keep the Russians out, to keep us in and to keep the Germans down” was more true than ever. If there was a European consensus—be it in the East or in the West—we can argue it was a strong wish to integrate and to control the Germans within the framework of NATO. A neutralized, unified Germany was seen as too risky und incalculable, for example to Poland, which was totally opposed too it. At the end this security policy argument, Gorbachev, who still claimed the status of superpower for Russia, was also convinced. In reality, he had no plan of how to achieve this goal not to mention a clear strategy. A change in the Kremlin’s thinking started in January 1990 that paved the way for a decision-making process favoring German unification within the NATO framework in May and June 1990.

12. The German Power to Pay: It is not out of question that Kohl realized early the chances of unification and increased pressure so that it could develop fast. He, together with Bush, played a key role in the process of achieving German unity. But why would the German Chancellor do so? Germany was still a currency, trade, export, economic, and investment power at that time. Kohl could act as player because he was a payer. The Germans were able to pay for

- Allies troops further stationed on German soil;
- Central and Eastern European countries (West-Germany was the biggest financial contributor to Poland and also to the Soviet Union);
- The Hungarians for opening their border to Austria in order to let in GDR refugees via Austria to West Germany;
- Russians troop-withdrawals and new barracks for them in Russia and
- German Unification in order to rebuild and support the “new German federal states” (“Länder”) up to the present day.

Thesis 12: The Germans had to pay for their unity and earned it.

13. Public Opinion won over Government Policy Attitudes: The people of Europe were more or less in favor of German unification, also due to TV reports showing overwhelming pictures of cheering East Germans when the wall came down. In contrast, political elites reacted more or less cautiously, reluctantly, and reservedly. Looking to the attitudes, a slight difference can be observed between Prime Ministers and Foreign Ministers: The heads of state and governments reacted more critically and sceptically towards German unification than their foreign secretaries.

Thesis 13: In the end, the European people and public opinion won against the politicians.

14. Subject Exclusion and Ignorance of Other Crisis Regions: After the Wall came down, Western diplomats and policy-makers were strongly focused on the German Question. This attitude excluded other important topics like the Baltic Question, meaning the emancipation and separation tendencies of the Soviet Republics from the USSR, or the case of Yugoslavia, which was already being confronted with internal crises and separatist tendencies due to Croatia's and Slovenia's claims of self-determination.

Thesis 14: The Baltic Question was excluded from the European foreign-policy agenda in order not to destabilize Gorbachev's weak position. The Yugoslavian case and the outbreak of violence in the Balkans starting in 1991 were underestimated by European policy-makers because they expected peaceful revolutionary events similar to those in Central Europe in 1989. They thought the same would happen in Croatia, Slovenia, and Bosnia. When the Cold War ended in Central Europe, the Second World War again broke out in the Balkans.

15. A Diplomatic Compromise and Pragmatic Political Solution of “do ut des”: The outcome was the result of *do ut des* and “Realpolitik” as a consequence of pragmatic and rational political behaviour. It was not so much a friendship between politicians but more a clear-cut bargaining policy. That is why there was a cross-party solution with very different actors: Bush was a Republican, Gorbachev a Communist, Kohl a Christian Democrat, Delors and Mitterrand both were Socialists, and Thatcher a Conservative. Everyone achieved something: Bush got a united Germany in NATO and more strongly integrated in the West, including the option of a further NATO Eastern enlargement, which was not on the agenda at that time. Gorbachev got further and stronger German financial support to help him survive politically and formally, a NATO-free former GDR—a kind of “Austrian solution” for the new German federal states. Kohl achieved German unity. Mitterrand got the Euro in the long run by achieving the end of the Deutsche Mark, which he saw as the German “atomic bomb,” and Thatcher got a market economy within the Single Market, which she was in favor of as well as a NATO-controlled Germany. Delors and the EC got a better and more strongly integrated Germany by changing the European Communities into a future European Union. The Maastricht Treaty in 1991 was a clear consequence of German unification in 1990.

Thesis 15: Having accepted an irreversible development and produced an unavoidable political decision-making process, the solution for German unification represented a masterful example of a diplomatic and political compromise. The European Union introduced by the Maastricht Treaty (signed in 1991 and entering into force in 1993) was an answer to German unification. Or the other way round: German unity served as a catalyst for deepening (Western-) European integration.